

Arbeiter-Zeitung

gekostet 12000 mit Ausnahme der Son- u. Feiertage. Bezugspreis: wöchentl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,05 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 8 Mk. Kugelpreis: Die gebrauchte Wälzdruckerei oder deren Raum 12 Pf., Drezeln- u. Besammlungsangelegen 6 Pf. Kugelpreis: Die dreifache Wälzdruckerei oder deren Raum im Zeit 70 Pf. — Annahmeschluss in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Fernsprecher 43002. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Kreuzer Straße 50 (Kreuzhaus). Fernsprecher 43002. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsort:** Breslau. — **Verlag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau 10, Kreuzer Straße 50. Fernsprecher 43002.

Einheitsfrontappell des Zentralkomitees der KPD.

Vereinigt euch

zum gemeinsamen Kampf gegen faschistische Diktatur

An die Werktätigen in Stadt und Land! An die Arbeiterklasse Deutschlands!

Im Kampf der Massen, an eurer revolutionären Offensive ist Papen gescheitert. Jetzt schließt sich die Bourgeoisie an, durch die **Bereinigung aller faschistischen Kräfte unter einer neuen Regierung**

den verstärkten Angriff gegen das werktätige Volk und gegen die Partei der Arbeiterklasse, die kommunistische Partei Deutschlands, im Dienste der weiteren Entfaltung der faschistischen Diktatur durchzuführen. Der Hitler-Faschismus, die nationalsozialistische Terrororganisation des Finanzkapitals, sollen offen in den Machtapparat der Bourgeoisie eingesperrt werden. Mit unverhüllter Brutalität spricht die Bourgeoisie aus, daß die

Hauptaufgabe der neuen Regierung die „völlige Vernichtung des Kommunismus“ sei.

„Ausrottung des Bolschewismus mit Stumpf und Stiel.“ Dieses Programm, ist die Antwort der herrschenden Klasse darauf, daß ihr Arbeiter und Angestellten der Betriebe und Büros, die Erwerbslosen der Stempelstellen, die werktätigen Bauern und notleidenden Mittelständler unter Führung der Kommunisten, mit Streik und Massenaktionen den Kampf zur Verteidigung eurer Existenz gegen Lohnraub, gegen Hunger und Entrechtung aufgenommen habt!

Der Schrei nach dem Verbot der KPD. ist die Antwort der kapitalistischen Lohnräuber, der Junker und monarchistischen Generale auf das überwältigende Bekenntnis der 6 Millionen bei der Reichstagswahl, für eure Partei, für die KPD.

Der Schrei nach dem Verbot der KPD. als einziger Programm-

punkt Hitlers, ist die Antwort der Naziführer auf die schwere Niederlage, die ihr die Klassenbewußte Arbeitermassen unter Führung der KPD. den Faschisten zufügte.

Durch die Massen des deutschen Proletariats und aller Werktätigen in Stadt und Land geht der stürmische Drang nach der Einheit im Kampf gegen die faschistischen Machthaber, gegen die Ausbeuterherrschaft!

Ihr wollt die Einheit! Ihr wollt die brüderliche Kampf-gemeinschaft der organisierten und unorganisierten, der kommunistischen und sozialdemokratischen, der christlichen und nationalsozialistischen Arbeiter und der ausgepöbelten werktätigen Schichten, die alle einen gemeinsamen Feind haben: den verfaulenden Kapitalismus!

Wir Kommunisten reichen euch allen die Hand!

Wir Kommunisten rufen euch allen zu: Schmiedet die einheitliche und kampfbereite Front aller Ausgebeuteten und Unterdrückten! Dann werdet ihr unüberwindlich sein.

Was plant die Bourgeoisie?

Nehmt den Armen noch mehr — damit die Reichen reich bleiben! Raubt dem arbeitenden Volk seine letzten politischen Rechte, damit seine Empörung besser unterdrückt werden kann.

Sperret die Jugend in Kasernen, entfacht eine chauvinistische Kriegshetze, damit aus der Hungernden auf imperialistischen Schlachtfeldern verbluten. Wahlrechtsraub an der arbeitenden und arbeitslosen Jugend, Zweikammersystem, Ausschal-

tung der Parlamente, Kurs auf die faschistische Militärdiktatur, Verbot der einzigen Arbeiterpartei, der kommunistischen Partei — das sind die Richtlinien, die die Bourgeoisie jeder kapitalistischen Regierung zuweist!

SA. und SS. werden mobilisiert, eine neue Welle von Attentaten und Mordtaten durch die NSDAP. wird angekündigt. Brüning und Hitler verständigen sich über das neue faschistische Kabinett. Diese alarmierenden Tatsachen müssen die revolutionäre Arbeiterklasse aufschrecken. Gegen die faschistischen Pläne rufen wir Kommunisten auf zur verstärkten

Antifaschistischen Aktion

In der deutschen Arbeiterklasse ist die Erinnerung noch lebendig, wie Wilhelm II. mit seinem Holztrog verschwand, wie Kapp zusammenbrach, wie die Cuno-Regierung stürzte, wie durch den Massen-kampf die Pläne der Konterrevolution oftmals durchkreuzt und zerschanden gemacht wurden!

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Teilerfolge im Groß-Strehliker Hungerstreik

Groß-Strehlig, 19. November. Nach sechstägigem Hungerstreik ist der Kampf der 41 proletarischen politischen Festungsgefangenen geschlossen, wie er angenommen wurde, abgebrochen worden. Der Abbruch erfolgte, nachdem bereits 10 Festungsgefangene so erkrankt waren, daß eine Fortführung des Hungerstreiks schwere gesundheitliche Nachteile mit sich gebracht hätte und nachdem eine ganze Reihe von Milderungen der vorgeesehenen Verschärfungen erreicht worden sind. Der Kampf gegen den verbleibenden Teil der Verschlechterungen wird entschlossen weitergeführt.

Erklärung

Die 41 proletarischen politischen Gefangenen der Festung Groß-Strehlig in Oberschlesien erklären nach siebenstägigem Hungerstreik:

Wir proletarische politische Gefangene der Festung Groß-Strehlig in Oberschlesien sind am Sonnabend, dem 12. November, in den Hungerstreik getreten. Unser Hungerstreik war eine Protestaktion gegen die durch Notverordnung eingeführte Verschärfung der Festungshaft, die unsere Festungsstrafe praktisch einer Gefängnisstrafe angleicht, indem sie uns alle jene Rechte raubt, die bisher die eigentlichen Kennzeichen der für politische Ueberzeugungstätter bestimmten Festungshaft waren; nämlich den Stadtausgang, den Besuchsempfang ohne Aufsicht durch Gefängnisbeamte, den freien Briefverkehr und in den Nichtteilnahme in den Kapsträumen während der Tagesstunden.

Das nächste Ziel unseres Hungerstreiks war, die breiten Massen des Proletariats und der Werktätigen auf die Faschisierung des Strafvollzuges aufmerksam zu machen und sie zur Solidarität mit den proletarischen politischen Gefangenen aufzurufen. Denn nur im Massenkampf, nicht als Einzelkämpfer können wir unsere Forderungen gegen die faschistische Diktatur durchsetzen!

Dieses nächste Ziel unseres Hungerstreiks ist erreicht worden! Das beweist die trotz des „Burgfriedens“ durchgeführte Demonstration der Groß-Strehliker Arbeiter vor den Mauern unserer Festung, das beweist das Echo unseres Kampfes in der Presse, das beweisen die uns zugegangenen Begrüßungsschreiben von proletarischen Organisationen und die zahlreichen Delegationen, die bei den Justizbehörden die Zurücknahme der gegen uns gerichteten Strafverschärfungen verlangt haben. — Diese Massenbewegung war so stark, daß sie die Justizbehörden zu einer wesentlichen Milderung der vorgenannten Strafverschärfung zwingen konnte.

Durch unseren Hungerstreik haben wir der faschistischen Regierung gezeigt, daß selbst hinter Kerkmauern die Proletarier sich nicht widerstandslos ihre Rechte nehmen lassen, fordern den Kampf aufnehmen, weil sie auf solidarische Unterstützung durch ihre Klassenbrüder vertrauen und diese Unterstützung auch erhalten.

Nach sieben Tagen brechen wir unseren, mit vorbildlicher Disziplin und größter Entschlossenheit geführten Hungerstreik einmütig ab. Doch der Kampf um unsere berechtigten Forderungen geht weiter, wie auch der Kampf um die Erreichung unseres politischen Endzieles: die Befreiung aller proletarischen politischen

Bezirksparteitag der KPD. Berlin-Brandenburg-Lausitz

begrüßt die Massenaktion der Erwerbslosen zur Rettung vor Hunger und Frost

Nach der Bekanntgabe des Aufrufs des Reichs-Erwerbslosen-Ausschusses und des Reichs-Einheitsausschusses auf Einleitung der Massenkampagne zur Rettung vor Hunger und Frost faßte der Bezirksparteitag der KPD., der am 19. und 20. November in Berlin tagte, auf Antrag des Genossen Ernst Thälmann nachfolgenden Beschluß:

Im Namen der stärksten Partei des roten Berlin, im Namen der 860.579 Wähler, die am 6. November der kommunistischen Partei ihre Stimme gaben und darüber hinaus zugleich im Namen aller deutschen Kommunisten erklärt der Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg-Lausitz der kommunistischen Partei Deutschlands seine tiefe und unverbrüchliche Solidarität mit dem Kampf der Millionen Erwerbslosen Deutschlands zur Verteidigung ihrer nackten Existenz gegen Hunger und Frost. Mit ihrer Aktion marschieren die Erwerbslosen als ein entscheidender Teil mit in einer großen Einheitsfront des Klassenkampfes, zu der die kommunistische Partei die Massen mit ihrem Einheitsfrontappell gerufen hat.

Der Bezirksparteitag begrüßt den bedeutungsvollen Beschluß, den der Reichs-Erwerbslosen-Ausschuß als berufene Vertretung der Millionenmassen der Erwerbslosen in Stadt und Land gemeinsam mit dem Reichs-Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion für die Einleitung einer Massenkampagne zur Bekämpfung von Brot, Kartoffeln und Kohlen für alle Erwerbslosen und Unterstützungsempfänger gefaßt hat. Im verfaulenden Kapitalismus ist es der kräftigste Gegenstoß, daß neben überwältigenden Ueberflüssen Millionen elend verhungern.

Der Bezirksparteitag der kommunistischen Partei erklärt, daß die KPD. als einzige Klassenpartei des deutschen Proletariats ihre ganzen Kräfte für die Durchsetzung der Forderungen der Erwerbslosen einlegen wird. Die Kommunisten, denen am 6. November von den Millionenmassen in Stadt und Land ein überwältigendes Bekenntnis des Vertrauens entgegengebracht wurde, werden sich dieses Vertrauens würdig erweisen, indem sie alle Kräfte für die Verteidigung der Interessen aller Schichten der Werktätigen, wie für die sozialistische Zukunft des Proletariats einsetzen.

ungen ist die Pflicht jedes Klassenbewußten Arbeiters, ist eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Partei.

Die KPD. ist nicht nur selbst entschlossen, den Massenkampf der Erwerbslosen, der Kriegsbrot und aller Unterdrückten für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen auf Brot, Kartoffeln und Kohlen als Zusatzunterstützung mit allen Kräften zu fördern,

sondern darüber hinaus ruft die kommunistische Partei die sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und nationalsozialistischen Arbeiter auf, Schulter an Schulter mit den Kommunisten diesen Kampf zu führen.

Angesichts dieser selbstverständlichen und geringfügigen Forderungen der Erwerbslosen darf es kein Jögern für irgend einen Teil des Proletariats, sei es für die sozialdemokratischen, für die nationalsozialistischen oder Zentrumsarbeiter, geben.

Sie alle müssen ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Einstellung oder anerkannte Zugehörigkeit gemeinsam mit der kommunistischen Partei Seite an Seite mit den Millionen Erwerbslosen die mächtige Einheitsfrontaktion zur Durchsetzung der proletarischen Forderungen in Angriff nehmen.

Der Kampf der Erwerbslosen um diese Winterbeihilfe, um diese Zusatzunterstützung von Brot, Kartoffeln und Kohlen muß mit dem Massenkampf zur Verteidigung der allgemeinen Unterdrückungen für die Erwerbslosen gegen den geplanten Unterdrückungsstand verbunden werden. Darüber hinaus gilt es, die Millionenmassen der Erwerbslosen im brüderlichen Kampfbündnis mit den Betriebsarbeitern für den Kampf um ausreichende Unterstützung für alle Erwerbslosen ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts, für die ganze Dauer ihrer Erwerbslosigkeit zu mobilisieren.

Es lebe der Massenkampf der Erwerbslosen zur Rettung vor Hunger und Frost!

Es lebe die Einheitsfrontaktion aller Arbeiter und Werktätigen!

Es lebe das Kampfbündnis der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen!

Noch mehr Lohnraub, weiterer Unterstützungsabbau Raub der letzten sozialen Errungenschaften

und dazu Bölle auf Serringe, Sprit, Schmalz und andere Fette, Zurückhaltung der glänzenden Getreide- und Kartoffelernte, um die Lebensmittelpreise hochzutreiben, droht der arbeitenden Klasse. Allgemeine Wehrpflicht, chauvinistische Kriegshetze und eine aggressive Außenpolitik, die die Gefahr neuer Kriege mit Frankreich und Polen heraufbeschwört, droht ebenfalls. Die Ketten des Versailler Systems werden niemals von der deutschen Bourgeoisie und ihren Parteien zerrissen.

Im Namen August Bebel's und Karl Liebknecht's, unter dem Banner von Marx und Lenin eilen wir die Arbeiter Deutschlands auf zum revolutionären Internationalismus gegen Krieg und Versailles, wie sie unter Führer Thälmann vor 15.000 Pariser Arbeitern proklamiert hat.

Thälmann leitete in Paris unsere neue wichtige internationale Aktion gegen das Versailler System ein. Hitler schickt Glückwünsche und Ehrenkompanien zur Koburger Fürstehochzeit, verhandelt mit Brüning und betritt um den Reichstanzlerposten.

Zwei Millionen Stimmen hat die NSDAP. am 6. November verloren

Die Kommunisten haben der nationalsozialistischen Demagogie der Nationalsozialisten einen wichtigen Schlag versetzt. Die chauvinistische Demagogie wurde zurückgedrängt. Jetzt gilt es nachzutreten. Macht Schlag mit der gesamten Welt-Revolution, gewinnt die werktätigen nationalsozialistischen Arbeiter für unsere revolutionäre Freiheitsarmee!

Arbeiter und Werktätige Deutschlands vereinigt euch

Wir bekräftigen erneut unsere Bereitschaft, mit allen Organisationen, die zum Kampf, zum Massenkampf, zum Streik bereit sind, zusammenzutreten. Wir wenden uns mit unserem Appell an alle Klassengenossen, die in der Einheitsfrontaktion kämpfen wollen, die Kraft der Arbeiterklasse stärken, den Kampf steigern wollen, um die Pläne des Faschismus zunichte zu machen.

An alle Betriebe!

Schafft euch revolutionäre Vertrauensleute, bildet Einheitsausschüsse zur Verteidigung des Lohnes, erkämpft euch Kurzarbeiterunterstützung!

An alle Stempelstellen!

Erhebt Protest gegen Hunger- und Missetatstropfen, entfacht einen Millionenprotest unter der Kampflosung:

Brot, Kartoffeln, Kohlen Wohnungen!

Schafft euch Erwerbslosen Ausschüsse und ein Netz von Vertrauensleuten, die als Funktionäre der Einheitsfrontaktion ihren Kampf organisieren und führen.

In allen Gewerkschaften

rechnet ab mit den Verbreitern der Brüning-Politik, der Hindenburg-Töhl und mit all denen, die Kapen durch Schlichtungsapparate und Streikbruchpolitik bei seiner Notverordnungsdictatur halten. Kämpft für die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen oppositionellen Kollegen, helfe alle mit, die Einheitsfrontpolitik der KPD in allen Gewerkschaften zu sichern, besetzt alle Funktionen in den Zahlstellen und Ortsverwaltungen nur mit den Anhängern der Einheitsfrontaktion.

Zwei Millionen Stimmen hat die SPD. seit 1930 verloren

Was kümmert die SPD-Führer der hungernde Arbeiter, das zusammenbrechende werktätige Volk? Sie dienen treu der Bourgeoisie, sie verteidigen das kapitalistische System, sie leben die Politik fort, die mit der Brüning-Politik und Hindenburg-Wahl dem Rachen, Brocht, Schleicher und Hitler den Weg bahnten.

Die sozialdemokratischen Arbeiter wollen gemeinsam mit den Kommunisten kämpfen!

Die Kollegen des ADGB wollen in der Einheitsfront mit den KPD-Kollegen streifen!

Die SPD-Führer aber pfeifen auf den Willen der Arbeiter, auf die proletarische Demokratie! Der gewaltige WGB-Streit hat diese Verräter und Helfer des Faschismus erneut weithin sichtbar an den Pranger gestellt. Es wird ihnen nicht gelingen, mit Betrugsmanövern die sozialdemokratischen Arbeiter vom gemeinsamen Kampf mit uns abzuwandeln.

Das Zentrum erlitt eine bedeutende Wahlniederlage

Zentrum und Bayerische Volkspartei einigen sich mit dem Braunen Haus über die Besetzung der Ministerstellen. Die christlichen Arbeiter aber begannen sich in die Einheitsfront einzureihen.

Der Kampfwiller der Arbeiterklasse, der Angestellten, der armen Bauernmassen und des proletarischen Mittelstandes wächst, wendet sich ab von seinen Feinden und erkennt mehr und mehr seine einzigen Freunde, Helfer und Führer: die Kommunisten!

In dieser ersten Stunde sprechen wir aus, was die Millionen fühlen und wollen:

Unser Einheitsfrontvorschlag zeigt euch allen den Weg zu siegreichen Kämpfen!

Kämpft mit uns gegen die kapitalistischen Lohnräuber und die rechtlichen Wahlrechtsräuber, die Deutschland in eine Kaserne und in ein Zuchthaus verwandeln wollen.

Lege den Kriegshetzern das Handwerk, sie wollen euch vom Kampf gegen den Feind im eigenen Land ablenken.

Vereinigt euch mit uns in dem Aufruf:

Es lebe der Zusammenschluß aller Ausgebeuteten und Unterdrückten!

Kampf den Lohnräubern, Wahlrechtsräubern und Kriegshetzern!

Nieder mit dem Versailler System!

Schützt die Sowjetunion und verteidigt den sozialistischen Aufbau!

Kämpft für eure wirtschaftlichen und politischen Forderungen!

Fort mit der faschistischen Diktatur!

Es lebe die Arbeitermacht und der Sozialismus!

Kar zur Einheitsfrontaktion!

Berlin, 15. November 1932.
Zentralkomitee der KPD.

4000 Arbeiter im Streik

Berlin, 20. November. (Eig. Drahtber.) Die etwa 4000 Mann starke Belegschaft der Audrus-Werke in Westlar sind in den Streik gegen den Lohnabbau getreten.

Steinfegerstreik in Waldenburg abgebrochen

Wie sammeln Kräfte zu neuem Kampf

Waldenburg, 20. November. Die sieben Wochen lang sich im Streik befindlichen Steinfeger haben beschlossen, den Streik abzubrechen und bei gegebener Zeit mit neuer Kraft um die Zurückverleihung des geraubten Lohnes zu kämpfen. Der Beschluß auf Streikabbruch der Steinfeger ist deshalb gefaßt worden, weil die Gewerkschaftsführung die Vorbereitung der Kampffront nicht nur abgelehnt, sondern sabotiert hatte.

Die Kollegen gelobten, mit allen Kräften zum neuen Kampf zu rüsten. Die im reformistischen Verband organisierten Kollegen müssen bei der Wahl der neuen Ortsverwaltung dafür sorgen, daß die Funktionäre, die mit den Gewerkschaftsführern durch dick und dünn gehen, durch revolutionäre Kämpfer ersetzt werden. Jede Gewerkschaftsfunktion, auch die kleinste, muß von der KPD erkämpft werden, weil sie zur Organisierung und Führung eines siegreichen Kampfes sehr wichtig ist.

Jeder Werktätige liest diese Broschüre, in der unser Kampf gegen Versailles, für die soziale und nationale Befreiung des proletarischen Internationalismus aufgezeigt wird. Der billige Preis von 20 Pfg. ermöglicht, daß diese Broschüre eine wirkliche Massenbroschüre wird. Genossen, sorgt für Massenverbreitung!

Hemmungslose Verbotshetze der 'Kreuzzeitung' gegen die KPD.

entlarvt sich als plumper Schwindel

Durch die ganze bürgerliche Presse Deutschlands vom 'Volksrecht' bis zum 'Politischen Wochenblatt' geht ununterbrochen eine unerschütterliche Hetze gegen die Kommunisten. Der Sinn dieser Hetze ist ganz klar: Die wilde des deutschen Nationalismus droht zu neuen Katastrophen zu führen; die Klassenverhältnisse drohen sich in dem kommenden Winter aufzulösen; während der Faschismus sich in der Reichstagswahl, die in diesem Politbüro besprochen wurde, fand jedoch erst, wie jeder weiß, am 12. September statt.

Da können wir nicht umhin, den deutschen Landvolkswirtschaftler zu zitieren, der ja der Redaktion der 'Kreuzzeitung' sehr nahe steht:

„Der Bedarf an Eiern kann aus der deutschen Produktion gedeckt werden.“

So blöd auch dieses gefälschte „Dokument“ der 'Kreuzzeitung' ist, so ist doch leider anzunehmen, daß mancher Leser der 'Kreuzzeitung' und der Blätter, die den Schwindel nachdrucken, darauf hereinfällt und daß trotz der Dummheit der Fälschung die Absicht der Kommunistenhetzer zu einem Teil erreicht wird. Deshalb wenden wir uns an die deutsche Arbeiterschaft: Seid eingebend, was ihr in der kommunistischen Partei zu verteidigen habt, und helft uns, gegen diese schamlose Verbotshetze der Bourgeoisie den Kampf zu führen!

„unser gefährlichster Feind“ sind“. Das ist so volkswidrig dumm, daß wir uns jedes weitere Wort darüber sparen können.

Aber nun der Anlaßsujet der ganzen „sensationalen Enthüllungen“ der 'Kreuzzeitung': Die Sitzung des Politbüros soll, wie uns zweimal versichert wird, am 14. August 1932 stattgefunden haben, die Reichstagswahl, die in diesem Politbüro besprochen wurde, fand jedoch erst, wie jeder weiß, am 12. September statt.

Da können wir nicht umhin, den deutschen Landvolkswirtschaftler zu zitieren, der ja der Redaktion der 'Kreuzzeitung' sehr nahe steht:

Erwerbslose besetzen Rathaus

Wohlfahrtsempfänger erkämpfen Winterhilfe

Die bürgerliche Presse bringt gestern in großer Aufmachung die folgende Meldung aus Kassel:

„Am Sonnabend gegen mittag haben mehrere Hundert Kommunisten mit Frauen und Kindern das Rathaus in Kassel „besetzt“. Sie hatten verschiedene Eingänge besetzt und drangen geschlossen zu dem Dezernenten des Fürsorgeamtes, Stadtrat Dr. Haarmann, vor. Die jüdischen Beamten wurden zurückgedrängt und im Augenblick waren die Flure, das Vorzimmer und das Dienstzimmer des Wohlfahrtdezernenten von Frauen und Kindern dicht besetzt. Auf die Tische im Zimmer des Dezernenten wurden Säuglinge und ganz kleine Kinder gelegt. Die Beamten des Fürsorgeamtes verhandelten nun mit den Führern der Demonstranten, die in der Hauptstraße Bewohner der Wohnbaracken waren. Sie forderten Holz und Kohlen, ferner zusätzliche Nahrungsmittel für die Kinder sowie größere Unterzuzugungsbeihilfen.“

Unter dem Druck der Wohlfahrtserwerbslosen sah sich der Stadtrat gezwungen, für die Kinder der Barackenbewohner täglich 50 Pfg.

für zusätzliche Lebensmittel zu bewilligen und Kohlenbeihilfen aus den Sammlungen der Winterhilfe zur Verfügung zu stellen. Ein riesiges Aufgebot der Schutzpolizei nahm dann die Räumung des Rathauses vor. Das Rathaus steht unter verstärktem Polizeischutz.

Hitler zusammen mit den Lohnräubern

um Eugenbergl, Dingelbey und Raas soll eine „Konzentrationsregierung“ bilden, um Kapens Lohnabbau-Programm durchzuführen!

Dagegen rüstet die Arbeiterklasse in der roten Einheitsfront!

Macht die Betriebe mobil für den Streik! Nieder mit Hitler! Nieder mit dem Lohnraub!

Unsere Parole zu den Ortsverwaltungswahlen: Kampf um jeden Gewerkschaftler! Kampf um jede Gewerkschaftsfunktion!

Waldenburger Zimmerleute im Streit

Waldenburg. In der am Dienstag stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde den Kollegen bekanntgegeben, daß ein Lohnraub von 79 auf 70 Pfennig Stundenlohn durchgeführt werden soll und daß die „Genehmigung“ zum Streit vom Zentralhauptverband eingegangen ist. Der Streit wird zum größten Teil durchgeführt. Die Leitung des Verbandes ist dafür, daß auf den Baustellen, wo der alte Lohn gezahlt wird, weitergearbeitet werden soll. Die Stimmung der Versammlung war jedoch so, daß auch auf diesen Baustellen die Arbeit niedergelegt wird und die Kollegen in den Sympathiestreit treten, da sonst der Kampf der Streikenden erschwert wird. Die Streikleitung wurde erweitert und eine Kontrollkommission mit dem Baugewerksbund beauftragt.

Bei der Baustellenkontrolle am Donnerstag wurde bedauerlicherweise festgestellt, daß Mitglieder des Baugewerksbundes größtenteils noch arbeiten und es ließ sich nicht feststellen, ob dort der Tariflohn oder der gekürzte Lohn gezahlt wird. Nach eingehender Berichterstattung im Verbandsbüro über die Streiklage begaben sich mehrere Kollegen ins Büro des Baugewerksbundes und beantragten daselbst die in der Versammlung geforderte kombinierte Mitgliederversammlung. Nach langem Hin und Her erklärten die Bonzen Barzil und Sänisch, daß die Zimmererkollegen kommenden Dienstag die Baugewerksversammlung besuchen können. Während der Unterredung entpuppte sich Barzil wieder mal als das, was er ist. Er war höchst unsachlich und beleidigte die Zimmererkollegen noch.

„Wir lassen uns von keiner Seite unter Druck setzen, vor allen Dingen nicht von Moskau“

sagte Barzil. Nach außenhin versuchen die Bonzen die Sache so hinzustellen, als ob die Mitglieder nicht mitmachen wollen, in Wirklichkeit bremsen die Bürokratie des Baugewerksbundes.

Mit Hilfe der Bürokratie vom DMV.:

Neuer Lohnraub in der Wilhelmshütte

Waldenburg. Die am Dienstag stattgefundene Betriebsversammlung der Wilhelmshütte nahm Stellung zu dem zehnprozentigen Lohnraub in der Wilhelmshütte. Die Versammlung war von ungefähr 250 Kollegen besucht.

Der Arbeiterratsvorsitzende Knope berichtete von den Verhandlungen mit der Firma. Der Bericht war recht und schlecht, und die Kollegen sind wohl wenig schlau geworden. Der Bericht ging darauf hinaus, daß die Kollegen den Lohnraub eben schlucken müssen, weil es eine Notverordnungsbefugnis von Herrn Papen ist und die Firma das Recht zur Durchführung des Lohnraubes hat.

Die Aussprache eröffnete der Demagoge Menzel vom DMV. Er wiederholte den Bericht von Knope und war wie Knope der Meinung, daß gegen diesen Lohnraub nichts zu machen sei. Die Firma könnte nach der Notverordnung sogar 40 Prozent Lohn abbauen, weil sie die Befugnis hat um 20 Prozent vergrößert hat. Wenn nur 12 Prozent abgebaut werden, so sei das ein „Erfolg“ des vor reichlich fünf Monaten einseitig geführten (von den reformistischen Bonzen abgewürgten) Kampfes. Die Verhandlungen des Arbeiterrates seien eine „harte Arbeit“ gewesen. Um die Kollegen mit den 12 Prozent nicht vor den Kopf zu stoßen, ist in den Verhandlungen der Lohnabbau auf drei Prozent für die ganze Arbeitszeit vereinbart worden, sobald die Kollegen 32 Stunden und darüber hinaus arbeiten. Das ist ein Verrat an den Kollegen, wie er schlimmer nicht sein kann. Den eigentlichen Lohnraub rechnet er nicht vor, sondern den Ausfall der Arbeitszeit. Die Kollegen, die nur 32 Stunden arbeiten, bekommen dafür drei Prozent gekürzt und werden somit noch schwerer betroffen als die Kollegen, die 40 Stunden und mehr arbeiten. Menzel erklärte demagogisch, daß es die Kollegen in der Hand haben, ob der Lohnabbau durchgeführt wird oder nicht. Damit verband er aber die Warnung, daß im Falle der Ablehnung die Gewerkschaft keine Unterstützung zahlen kann, weil Papen nicht nur Lohnraubnotverordnungen, sondern am 1. Oktober 1932 den Gewerkschaften auch die „Friedenspflicht“ aufoktroyiert hat und die Gewerkschaften „regresspflichtig“ sind, wenn sie einen Streit finanzieren. Das war das Signal zum Abblasen einer Streikstimmung. Auf Grund dessen, daß die oppositionellen Kollegen in dieser Versammlung nicht anwesend waren, entwickelte sich nicht eine scharfe Diskussion, sondern nur ein Frage- und Antwortspiel.

Menzel und Knope entpuppten sich als Durchpeitscher der Papepolitik. Knope erklärte sogar, daß die Papen-Verordnung einen „Fortschritt“ gezeigt habe.

Auf die Feststellung eines Kollegen, daß doch die Firma nur Vorteile für sich heraushole, antwortete Knope, daß das Wert gar nicht so häufig das Beste und das Beste habe, die Vorteile durch die Notverordnung für sich zu beanspruchen.

Ein Kollege von der RGD zeigte in der Diskussion das schäbige Verhalten der Menzel und Knope auf. Sie haben den Kollegen alles Schmachhaft vorgebracht, um sie vom Kampf abzuhalten. Mit aller Macht müssen sich die Kollegen wehren gegen den neuen Angriff der Unternehmer. Dabei beleuchtete er noch einmal die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie während des letzten Kampfes.

Die Kollegen müssen sich aus ihren eigenen Reihen einen Kampfansatz wählen, der bei weiteren Verhandlungen maßgebend sein muß. Die Kollegen müssen an ihre Frauen und Kinder denken, an die Erwerbslosen und Rentempfänger. Gelingt es den Unter-

Kollegen vom Baugewerks- und Zimmererverband! Am Dienstagabend um 18.30 Uhr findet in der „Stadtbrauerei“ eine Mitgliederversammlung statt.

Verlangt, daß der Lichtbildvortrag von der Tagesordnung verschwindet! Der wichtigste Punkt über den Stand der Lohnbewegung wird voll und ganz den Abend ausfüllen. Nicht Lichtbilder wollen wir sehen, sondern eine einheitliche Kampffront wollen wir herstellen.

Die Streiks der letzten Wochen haben der Arbeiterklasse gezeigt, daß sie nur dort siegen wird, wo sie nach der Lösung der revolutionären Gewerkschaftsopposition handelt und die Führung der Streiks in ihre eigenen Hände nimmt. Das müssen auch die Waldenburger Zimmerleute und Bauarbeiter tun. Wartet nicht erst ab auf das, was die Verbandsbürokratie am Dienstag in der Mitgliederversammlung sagen wird! Ihr seht, die Bürokratie vom Zimmererverband will nicht den einheitlichen Streit aller Zimmerleute, die Bürokratie vom Baugewerksbund ist fähig, die Zimmerleute ohne Unterstützung der Bauarbeiter kämpfen zu lassen.

Zimmerleute und Bauarbeiter, macht diese Kläne der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die als „Arzt am Kapitalismus“ handelt, zunichte! Geht sofort am Dienstag früh in Massen auf alle Baustellen! Stellt dort vor allen Arbeitern die Frage des Streiks der Zimmerer bzw. des Sympathiestreiks der Bauarbeiter! Wählt sofort auf den Baustellen betriebliche Streikleitungen! Nehmt dazu aus eurer Mitte die besten Kollegen! Führt alle die betrieblichen Streikleitungen zu einer zentralen Kampfleitung für das ganze Waldenburger Gebiet zusammen! Nur wenn ihr so die Streikführung in die Hände eurer besten Kollegen gebt und den Kampf gemeinsam mit den Bauarbeitern führt, werdet ihr den Lohnraub siegreich abwehren können. Die Erwerbslosen werden euch in diesem Kampf reiflos unterstützen!

nehmen, die Betriebsarbeiter auf die Linie zu zwingen, so werden bald die anderen folgen.

Nachdem Menzel die Ausführungen des RGD-Kollegen abzuschnücheln versucht hatte, ergab die Abstimmung fast einstimmige Annahme des Lohnraubes. Nur vier Kollegen stimmten dagegen.

Noch einmal ist es den Reformisten gelungen, den Kampf abzubremsen, trotzdem unter den Kollegen ein großer Unwille gegen den neuen Raub herrscht. Das soll das letztemal gewesen sein!

Kollegen, jagt diese Leute zum Teufel, die wohl eure Beiträge nehmen, aber einen Kampf nach dem anderen abbrochen! Bist innerhalb des DMV. oppositionelle Gruppen, die im Sinne der revolutionären Gewerkschaftspolitik der Bürokratie gegenüberstehen. Schafft im Betrieb eine Gruppe der RGD. Anhänger der RGD, kämpft um die Gewinnung jedes einzelnen Gewerkschafters!

Arbeitsdienst ist Sklavendienst

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Ologau. 14 Arbeitsdienstler vom Lager Schützen bei Ologau und mehrere vom Lager Schlichtingshaus wurden in das Krankenhaus in Ologau eingeliefert wegen schwerer Magenentzündungen. So sieht es in diesen Arbeitslagern aus: 120 Jungarbeiter müssen in einem Raum schlafen, wodurch die Luft natürlich untragbar wird. Fröh um 5 Uhr, wenn sie durchschneit aus dem Bett kommen, müssen sich die Jungarbeiter in einem Pferdestall waschen. Dann gibt es „Kaffee“, d. h. warmes Wasser und Brot,

Bergarbeiter, kämpft in der roten Einheit gegen die mordende Antreiberei!

In drei Wochen fünf Kumpelmorde auf Glüchilfgrube

Noch nie ist es den Unternehmern sowie ihren Trabanten ernst gewesen um das Leben und um die Gesundheit der Bergarbeiter. Das zeigt am deutlichsten die hohe Unfallziffer auf Glüchilfgrube. Noch liegt der Kamerad Amier auf der Bahre und schon fördert man den Kameraden Erich Schubert tot nach Lebertage. Am dem fraglichen Tage, wo Kamerad Schubert zu Tode verunglückte, verunglückten außer ihm noch 3 Kameraden schwer, so daß ihre Überführung in das Lazarett notwendig war.

Große Empörung herrscht unter den Kumpeln auf Grund des Morbidsystems, welches die eigentliche Ursache für all die Unfälle ist, weil auf diesem Betrieb die Lösung vordringend ist, immer mehr Kohlen zu fördern und die Leistung zu erhöhen. Nur die merkwürdige Antreiberei brachte es mit sich, daß innerhalb 3 Wochen 5 tödliche Unfälle zu verzeichnen sind.

Was sagt hier die Bergbehörde? Auch ihr müßt bekannt sein, daß gerade das Antreibersystem auf Glüchilfgrube zu dieser Rekordzahl von Unfällen geführt hat.

Kameraden, nicht die Bergbehörde wird für euer Leben und Gesundheit Maßnahmen treffen. Das müßt ihr selbst tun! Ihr müßt euch gegen das Antreibersystem wehren, indem ihr euch einreißt in die antisachliche Aktion und mit dem CWD. gemeinsam kämpft für ein menschenwürdiges Arbeitssystem, für einen ausreichenden Lohn!

Auch im Tiefbauschacht

nehmen die Unglücksfälle in den letzten Wochen bedeutenden Umfang an. Von den letzten Tagen werden folgende Unglücksfälle gemeldet:

In der 10. Abteilung des Tiefbauschachtes verunglückte der Schleppe Paul Dohst aus Bärengrund, Schweinitzer Straße 27. Er geriet zwischen zwei Förderwagen und zog sich eine schwere Quetschung des rechten Armes zu.

Auf dieselbe Weise verunglückte in der 18. Abteilung des Tiefbauschachtes der Bauer Karl Nummer aus Neu-Craugendorf. Auch er zog sich eine schwere Quetschung des rechten Armes zu.

das mit ungenügendem Zeit befristet ist. Daraufhin müssen die Arbeitsdienstler marschieren und exerzieren. Essen gibt es erst um 10 Uhr. Das „Essen“, das sie dort haben, spottet jeder Beschreibung. Halb roh kommt es auf den Tisch und ist dermaßen schlecht, daß die Jungarbeiter scharfweise in das Krankenhaus eingeliefert werden müssen. Die Hälfte der Arbeitsdienstler haben daraus schon die Konsequenzen gezogen und sind aus dem Lager geflüchtet, zumal sie für ihre Arbeit den fürstlichen Lohn von 30 Pfennig pro Tag erhalten.

Diese nackten Tatsachen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Jungkommunisten recht hatten, als sie den Jungarbeitern schon bei der Einrichtung der ersten Lager sagten, daß dieser Arbeitsdienst nichts weiter ist, als eine Methode, um die Jungarbeiter für den imperialistischen Krieg zu drücken und sie durch ungeheure Ausbeutung zu mürben zu machen, daß sie jeden Befehl der Bourgeoisie, wie Streikbruch usw., ausführen. Die Ausbeuterklasse, die nicht imstande ist, den Jungarbeitern Arbeit und Brot zu geben, versucht die Jungarbeiter zu tödnen durch den „freiwilligen“ Arbeitsdienst, um sie für ihre Zwecke zu gebrauchen.

Ist denn dieser Arbeitsdienst „freiwillig“? Werden die Jungarbeiter durch ihren Hunger und das Elend, durch die Not zu Hause nicht gezwungen, in die Lager zu gehen, um als Kanonensfutter für den Geldsack für den Profit heranzuzutommen?

Jungarbeiter, Arbeitsdienstler! Gemeinjam müßt ihr gegen den gemeinsamen Feind, die Ausbeuterklasse, kämpfen. Mit der Verschärfung der Krise verschärfen sich die Gegensätze zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Die Ausbeuterklasse hat nur einen Ausweg aus der Krise, den kapitalistischen Ausweg, d. h. verschärfte Ausbeutung, insbesondere der Jungarbeiter, das bedeutet verschärfte Kriegsgefahr gegen das Land der sozialistischen Aufbau, die Sowjetunion. In der Sowjetunion haben die Jungarbeiter Arbeit, Brot und Freiheit, weil dort die Arbeiterklasse, geführt von der bolschewistischen Partei Lenins, die Macht in den Händen hat.

Wir Jungarbeiter Deutschlands müssen denselben Weg gehen, wie ihn die russische Arbeiterklasse gegangen ist.

Alle Arbeitsdienstler müssen dem Beispiel der 1000 Hamburger Arbeitsdienstler folgen, die gegen Lohnraub und Unterdrückung gestreikt haben, und den Weg des Kampfes beschreiten. In jedem Arbeitslager wählt euch Vertrauensleute!

Organisiert den Kampf gegen alle Unterdrückungsmaßnahmen! Kämpft auf jeder Baustelle für tarifliche Bezahlung der Arbeitszeit! Jungarbeiter, stellt Massenankträge an das Wohlfahrts- und Arbeitsamt, fordert Essen, Kleidung und Schuhwerk!

Kämpft mit dem CWD. in Einheitsfrontaktion für Arbeit, Brot und Freiheit, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus!

Fememörder Heines doch 175 er!

Hirschberg. Im Verlauf des Prozesses gegen die SA-Führer Heines und Koch vor dem Hirschberger Landgericht wegen homosexueller Verfehlungen brachte der Vertreter des Hauptmann von Sydow etwa 20 eidesstattliche Versicherungen und Absprüche aus Briefbüchern und Zeitungen vor, aus denen hervorgeht, daß Adolf Hitler gewirbt habe, daß sowohl Heines als auch Heines und Koch widergesichtlich verantwortlich seien. Weiter brachte er eine eidesstattliche Versicherung eines SA-Mannes sowie des Besitzers des Gasthofes „Roter Grund“, wo sich die Stabschule befand, nach der zwischen Heines und Koch und dem Adjutanten Heines, Schmidt, strafbare Beziehungen bestanden haben. Schließlich wurde als Zeuge der Gasthofbesitzer Adolf selbst vernommen. Er hielt seine eidesstattliche Versicherung aufrecht und fügte einen weiteren Vorfall hinzu.

Heines versuchte auch weiter die Anschuldigungen abzustreiten. Das Gericht sagte noch keinen Bescheid, sondern vertagte die Verhandlung und Urteilsverkündung auf den 2. Dezember. Der Prozeß gibt immerhin einigen Aufschluß über die moralischen Qualifikationen des schlesischen SA-Führers. Allerdings, einem Fememörder ist ja alles zuzutrauen.

In der 15. Abteilung desselben Schachtes wurde der Bauer Dohst beim Anlegen der Schütteltrutschen von einem hereinbrechenden Bergestein in den Rücken getroffen und verletzt. Sämtliche Verunglückten mußten in das Knappschaftslazarett übergeführt werden.

In roter Kumpelheit müssen die Kameraden auf der 10., 15. und 18. Abteilung die wirklichen Ursachen der Unglücksfälle, die immer stärker werdende Antreiberei, bekämpfen!

Ein Lehrer in Wüstegiersdorf als Prügelheld

Wüstegiersdorf. Lehrer Boffal, welcher schon von jeher als Hohlhänger bekannt ist, versucht auch in der ev. Schule in Blumenau die Arbeiterkinder, insbesondere die der Stommunisten, bei jeder Kleinigkeit so zu schlagen (bzw. zu bösen), daß die Schwielen tadellos zu sehen sind. Außerdem leistete er sich vorige Woche ein Glanzstück. Ein Proletariatskind stellte er vor der ganzen Klasse als „Chinesen“ hin und verhöhnte es. Wir wollen es jedem selbst überlassen, zu beurteilen, ob nicht eher Herr Lehrer Boffal in seinem Benehmen eher einem D... gleicht als ein Proletariatskind einem „Chinesen“. Wenn die Kinder erklären: „Ich werde es meinem Vater jagen“, verhöhnt er sie und die Eltern so lange, bis diese ihn zur Rede stellen. Geschieht das, so hat er nicht den Mut, bei der Wahrheit zu bleiben, sondern erklärt, es sei alles erlogen, trotzdem die Kinder in derselben Klasse es bezeugen. Da er des öfteren bei den großen Kindern auf Widerstand gestoßen ist, versucht er es jetzt bei den „ABC-Schützen“. Er kam aber dabei an eine falsche Adresse. Trotzdem er sich hier ein Faschistenkind ansuchte, war selbst der Vater des Kindes nicht einverstanden. Zum Schluß sei noch gesagt, daß es an der Zeit ist, daß sich die Eltern der Kinder immer mehr um die Schulfragen kümmern und darüber hinaus sich selbst und die Kinder in einer proletarischen Massenorganisation organisieren.

„Die Verrätergasse“ in Görlitz

Görlitz. Dienstag, den 22. November, spielt die rote Bühne in Görlitz im Konzerthause das neue revolutionäre Schauspiel

„Die Verrätergasse“.

1 Vorspiel, 3 Akte.

Der Heinerrtrag kommt den politischen Gefangenen zugute. Sorgt für Massenbesuch!

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Die Zahnpaste von höchster Qualität Sparsam im Verbrauch.

Otto Bauers Koalitionsangebot an die Dollfuß-Regierung

In diesen Tagen ist in Wien der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Österreichs zu Ende gegangen. Dieser Parteitag spiegelt das ganze System der Betrugsmanöver wider, die die Sozialdemokratie nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen Welt anwendet, um den revolutionären Ausschlag in den kapitalistischen Ländern zu hemmen. Der Verlauf dieses Parteitages bestätigte reitlos die Einschätzung des 12. K. K. Z. -Plenums:

„Der Masseneinfluss der Sozialfaschisten ist in fast allen Ländern zurückgegangen, aber um so stärker und vielseitiger gestalten sich die durch sie zur Anwendung gelangenden Manöver. Einen besonderen Eifer in diesen Manövern legen die „linken“ sozialdemokratischen Gruppen an den Tag bei gleichzeitiger Enttarnung einer tolleren Hege gegen die kommunistischen Parteien und die Sowjetunion.“

Der Parteitag der SPÖ stand unter dem Druck des kommunistischen Vormarsches in allen Ländern und auch in Österreich. Zahlreiche Diskussionsreden traten auf dem Parteitag auf und klagten darüber, daß in ihren Bezirken die Kommunisten immer neue Arbeiterschichten eroberten. Unter diesem Gesichtswinkel sind auch alle jene verlogenen Phrasen über die Einheitsfront zu verstehen, mit denen sowohl der Vertreter der SPÖ, Paul Voebé in seiner Begrüßungsansprache, als auch Otto Bauer ihr Spiel trieben. Diese Phrasen über „Einheitsfront“, die in Wirklichkeit Manöver gegen die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes darstellen, sind eine Folge der Tatsache, daß auch in Österreich immer breitere Schichten sozialdemokratischer Arbeiter unserem Ruf zur kämpfenden Einheitsfront Folge leisten. Darum auch gleichzeitig die wüste Kommunitenhege in den Reden der Voebé und Bauer. Darum das Geschrei „Moskau verhindert die Einheitsfront“, das nur die Tatsache verschleiern soll, daß die sozialdemokratischen Führer auch in Österreich die sich in den Betrieben und auf den Stempelstellen anbahnende wirkliche Einheitsfront des Kampfes gegen die Kapitaloffensive, gegen die Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen, gegen den Faschismus verhindern wollen.

Um was es in Wirklichkeit den Bauer und Co. geht, ergibt sich aus den Worten Otto Bauers: „Das Problem steht heute hier nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus... sondern im Augenblick stehen wir vor einer ganz anderen Frage“. Und diese andere Frage, so meint Bauer, ist die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie in Österreich.

Diese Rede wird von der bürgerlichen Presse ganz offen als ein Koalitionsangebot der SPÖ an die faschistische Dollfuß-Regierung gemeldet. Das „Volksblatt“ schreibt:

„Das fulminante Bekenntnis Dr. Bauers zur Demokratie wird seine Rückwirkung auf unsere innerpolitische Situation vielleicht nicht verfehlen. Von der proklamierten Verteidigung der Demokratie zur aktiven Mitarbeit in der demokratischen Staatsführung ist kein allzu großer Schritt. Man wird nach der Rede Dr. Bauers das Schlagwort vom Austro-Faschismus endgültig zu Grabe tragen müssen.“

Aber vor den Augen der österreichischen Arbeiter steht nicht nur das warnende Beispiel der Faschisierung der bürgerlichen Demokratie in Österreich, sondern auch ganz besonders das Beispiel der Entwicklung in Deutschland. Diese Beispiele zeigen der Arbeiterklasse, daß die Sozialdemokratie unter der Parole „Verteidigung der bürgerlichen Demokratie“ dem Faschismus freiwillig seine grundlegenden Forderungen bewilligte. Diese Demokratie führte in Österreich zur Dollfuß-Regierung, die nach dem Beispiel der Brüning, Hindenburg und Papen und auf dem Boden dieser vielgerühmten Demokratie Schritt für Schritt die Faschisierung durchführt. Diese Politik der Sozialdemokratie führte in Deutschland zu dem schmachvollen 20. Juli. Otto Bauer wagte es, die Auslieferung von Positionen an den Faschismus durch die SPÖ-Führer zu verteidigen, indem er gleichzeitig die deutsche Arbeiterklasse infam beschimpfte. Er sagte:

„Warum konnte am 20. Juli 1932 die preussische Regierung Braun-Severing von einem Leutnant und drei Mann weggejagt werden? Weil die deutsche Arbeiterklasse es hat gelassen“

Sozialistische Arbeitsdisziplin

Der Volkskommissar für Arbeit, Genosse Zichon, über die Bedeutung der neuen Verordnung der Sowjetregierung — Schutz der Arbeiterklasse vor gewissenlosen Schädlingen

Moskau, 19. November. Die neue Verordnung der Sowjetregierung zur Hebung der sozialistischen Arbeitsdisziplin wird von der gesamten bürgerlichen, einschließlic der sozialdemokratischen Presse zu neuen Verleumdungen gegen die Sowjetunion benutzt. Das ist kein Wunder. Begreifen doch die Kapitalisten und ihre Katalen sehr gut, daß diese Verordnung der Sowjetregierung ein harter Schlag für alle diejenigen bedeutet, welche glauben, daß die Wachstumschwierigkeiten des sozialistischen Aufbaues vom Proletariat der Sowjetunion nicht überwunden werden können. Diese Hoffnungen sind zum Leidwesen aller Antifaschisten durch die letzte Verordnung über die Hebung der Arbeitsdisziplin erneut vernichtet worden. Die Zustimmung, mit der die Arbeiterklasse der Sowjetunion diese neue Verordnung aufnahm, zeigt am besten, daß das Sowjetproletariat die Bedeutung dieser Verordnung für den sozialistischen Aufbau und damit für die Hebung der Lebenslage der gesamten Arbeiterklasse erkennt.

Nachstehend veröffentlichen wir einige Erklärungen des Volkskommissars für Arbeit, des Genossen Zichon, die dieser unserem Moskauer Vertreter anlässlich der letzten Verordnung gab:

„Es ist hinlänglich bekannt, daß seit dem Tage, wo die Arbeitslosigkeit im Arbeiterstaat liquidiert wurde, von den Millionen Arbeitern, die jährlich neu eingestellt werden, mindestens die Hälfte vom Land kommen. Im Jahre 1931 kamen 2 Millionen Arbeiter in unsere Volkswirtschaft, im laufenden Jahr abermals über 2 Millionen. Ueber die Hälfte dieser neu eingestellten Arbeiter waren bis gestern Bauernjöhne, die noch nicht an die Industrieproduktion gewöhnt sind und manchmal die

Bedeutung der Arbeitsdisziplin nicht begreifen. Das wichtigste Mittel, um diese neuen Kader zu erziehen, ist und bleibt die proletarische Disziplin. Um aber diese ehemaligen Dorfbewohner durch Aufklärungsarbeit zu bewußten Proletariern umzubilden, genügt nicht die Zeit einiger Monate. In einigen Zweigen der Industrie gibt es Arbeiter, die jährlich 18 Tage und mehr, außer ihrem Urlaub, der vom Betrieb bezahlt wird, unentschuldig und unbegründet der Arbeit fernbleiben. Welchen Schaden dieses Verhalten dem proletarischen Staat zufügt, wird aus folgendem Beispiel klar:

Viele unserer Betriebe arbeiten ununterbrochen in drei Schichten. Wenn einer der Arbeiter ausbleibt, so wird die gesamte Arbeit der ganzen Schicht in Unordnung gebracht. Gerade gegen eine solche antiproletarische gewissenlose Einstellung der Arbeiter gegenüber richtet sich auch der Beschluß der Sowjetregierung. Die Aufgabe des Arbeiterstaates besteht in dem Schutz der Interessen der Arbeiterklasse gegen die unverantwortlichen Bummler, die sich dem Betrieb gegenüber so verhalten, als wenn er nicht der Arbeiterklasse, sondern privatkapitalistischen Ausbeutern gehörte.

Welches sind nun gemäß dem Arbeitsgesetz des Sowjetstaates die triftigen Gründe beim Nichterscheinen zur Arbeit? Zu diesen Gründen zählen Krankheit des Arbeiters oder eines seiner Familienmitglieder, Unglücksfälle und Naturkatastrophen usw. Wie man also sieht, kann die Verordnung nicht ungerecht angewandt werden, sondern nur in den Fällen, wo wirklich ein verantwortungsloses Benehmen gegenüber dem sozialistischen Aufbau vorliegt.“

Bolschewistischen

Kampfruf unseren dänischen Genossen!

Das ZK. der KPD. sandte folgendes Telegramm an unsere dänische Bruderpartei:

„Freie revolutionäre Kampfeskämpfe unserer dänischen Bruderpartei anlässlich des glänzenden Wahlsieges bei der Wahl zum Folketing. Geloben unverbrüchliche revolutionäre Verbundenheit des deutschen und dänischen Proletariats. Es lebe unser gemeinsamer Kampf für den Sozialismus! Zentralkomitee der KPD.“

England für Verfallener Sicherheitsklausel

London, 19. November. Da in französischen Regierungskreisen die Rede Simons wegen des Fehlens einer Sicherheitsklausel im Sinne des Verfallener Systems kritisiert wurde, verbreitet die englische Regierung durch das amtliche Reuter-Büro folgende Meldung:

lassen, weil sich keine Hand zum Schutz dieser Regierung gerührt hat.“

Also nicht die sozialdemokratischen Führer, die die Kommunisten, als sie zum Generalkrieg aufriefen, als „Provokateure“ beschimpfte und die Parole ausgaben: „Bleibt still und wartet auf die Wahlen am 31. Juli, sind die Schuldigen des 20. Juli, sondern die deutschen Arbeiter, die bereit waren, zwar nicht für die Posten der Braun-Severing, sondern gegen den Faschismus zu kämpfen und sich leider ihre starken Hände noch einmal von den sozialdemokratischen Führern fesseln ließen.

Betrugsmanöver zur Verhinderung der kämpfenden Einheitsfront, Koalitionsangebote an die Bourgeoisie, Hege gegen die Kommunisten und gegen die Sowjetunion, das war der Inhalt der Reden und Verhandlungen auf dem Parteitag der SPÖ. Auf diesem Parteitag der Bürokratie kam die Radikalisierung der

In amtlichen englischen Kreisen wird erklärt, das Fehlen einer Sicherheitsklausel in den Vorschlägen Sir John Simons dürfe auf dem Kontinent keine Beforgnis erregen. Die Vorschläge seien nicht dazu bestimmt, diejenigen Hoover-Ferriots zu verdrängen. Sie sollten sie lediglich ergänzen. Die Rede Simons richtete sich daher nicht gegen den französischen Plan.

Steigende Arbeitslosigkeit in Italien

Rom, 19. November. Die Triester Zeitschrift „Böse“ meldet, daß die Arbeitslosigkeit in Italien seit Ende Juni ununterbrochen im Ansteigen ist. Allein an registrierten Arbeitslosen — die meisten Arbeitslosen werden in Italien nicht registriert — wurden Ende Juni 905 000, Ende Juli 931 000, Ende August 946 000 und Ende September bereits 950 000 gezählt. Im Oktober ist bisher eine weitere Zunahme von über 8000 Arbeitslosen festgestellt worden. Von diesen registrierten Arbeitslosen erhalten nur 230 000 eine minimale Unterstützung.

sozialdemokratischen Arbeiter nicht zum Ausdruck. Dafür aber desto mehr auf den Tribünen des Parteitages. Jener Empörungsurm während der Rede des sozialdemokratischen Stadtrates Speiser über die sozialdemokratische Rathauspolitik war bereits ein Zeichen für die Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter, die zu erkennen begannen, daß die Politik der sozialdemokratischen Führer gegen die Lebensinteressen der Arbeiter gerichtet ist. In Deutschland wie in Österreich werden die sozialdemokratischen Arbeiter in wachsendem Maße es ablehnen, sich unter der Losung „Verteidigung der Demokratie“ für die Verteidigung der kapitalistischen Klassenherrschaft mißbrauchen zu lassen. Die Einheitsfront des Klassenkampfes, vor der sich die Otto Bauer und Voebé so fürchten, ist nicht mehr aufzuhalten. Sie wird vorwärtschreiten zum Siege trotz des Geschreis der sozialdemokratischen Führer!

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

42. Fortsetzung.

Er soll auch verlangen, daß uns wenigstens ein energischer, tüchtiger Komiteearbeiter hergeschickt wird. Wir könnten dann eine Diskusion organisieren. Die Menschewiken verbreiten die Verleumdung, daß wir Bolschewiken in ganz Rußland am Rande des Todes stehen. Sprechen wir dagegen, so glaubt uns kein Mensch. Was wißt ihr schon? heißt's dann. Ihr sitzt hier und habt keine Ahnung, was in der schönen Welt vor sich geht! Ganz anders schaut die Sache aus, wenn ein Bolschewik aus Odessa kommen wird. Er kann das Vertrauen rasch gewinnen. Kennt er sich in den Parteifragen aus, so sind wir in der Lage, den Karren zu schmeißen“, so sprach Genosse Roman.

„Unter keinen Umständen“, erwiderte Genosse N. „Erstens haben Sie den großen Jschetichelower Bezirk, den Sie nicht allein lassen können, in Ihren Händen. Zweitens lebe ich gar keine Garantien, daß mit Ihnen nicht dasselbe passieren wird wie mit Genossen Jewgenij. Er schwor uns, daß er wegfährt, um uns Unterstützung zu bringen, versprach feierlich, zurückzukommen... und kam nicht zurück. Ich schlage vor, Genossin N. zu schicken.“

„Wenn sie den Auftrag gut erfüllen wird, werden wir sie ins Komitee wählen. Sie ist ein sehr begabtes Mädchen“, sagte ich.

„Das werden wir noch sehen“, erklärte N. kühl. „Sie sorgen immer nur für jene, die in Ihrem Bezirk arbeiten, Genosse Kiril. Sprechen Sie aber mit ihr darüber nicht, bevor sie von Odessa zurückgekommen ist.“

Genossin N. war eine Intellektuelle, eine Propagandistin. Im Grunde genommen war sie nichts anderes als eine begabte, hoffnungsvolle, ehrgeizige Jungkommunistin. Durch ihren einfachen Umgang mit den Arbeitern, durch ihre herzliche, kluge, weiche Stimme und durch ihr Talent, interessant und lebendig zu sprechen, eroberte sie sich das Vertrauen der Arbeiter jener Zirkel, zu deren

Leitung wir sie bestimmten. Außerdem leitete sie unsere Arbeit in der „Gesellschaft“ und sammelte Geld für die Partei unter der liberalen Bourgeoisie, die mit der revolutionären Bewegung sympathisierte.“

Wir hatten sie schon als Kandidatin für das Komitee bestimmt, aber Jewgenij, der sie gut kannte, lehnte unseren Vorschlag ab.

Ich war überzeugt, daß Genossin N. den ihr gegebenen Auftrag ehrenvoll durchzuführen wird. Sie hörte aufmerksam allem zu, was Genosse N. ihr über die schwierige Lage, in die das Jekaterinower Komitee geraten war, erzählte. Es wurde ihr die Aufgabe gestellt, aus Odessa einen guten Komiteearbeiter mitzubringen, weil sonst die Gefahr drohe, daß das Jekaterinower Komitee von den Menschewiken gesprengt wird. Sie sollte auch die Ansicht des Odessaer Komitees der Bolschewiken über die Lage in Jekaterinow, im Zusammenhang mit der Forderung der Menschewiken nach sofortiger Durchführung des Wahlprinzips, erfahren. Als Frist wurden ihr zwei Wochen gegeben. Genossin N. antwortete, sie habe alles sehr gut begriffen, sie werde sich bemühen, die Frage zu klären, was das Jekaterinower Komitee in der gegebenen Lage zu tun habe, und werde auch den angeforderten Komiteearbeiter mitbringen.

„Reservisten“

Als verantwortlicher Organisator der Unterbezirke Amur und Nishnje-Dnjeprrowsk oblag mir die Pflicht, mindestens einmal in der Woche dort zu erscheinen und zu beobachten, wie die Arbeit geführt wird. Beim schrecklichen Geldmangel der Organisation und bei den schlechten materiellen Verhältnissen konnte ich an Wagenfahrten nicht einmal denken. Sie waren nicht nur sehr teuer, sie hätten auch leicht die Konspiration gefährden können. Unter den Kutschern gab es viel Spigel, und auch die Agenten der Ochrana hätten uns auf die Spur kommen können.

Aus diesen Gründen mußte ich also zu Fuß gehen. Sehr häufig erreichte mich, wenn ich zu lange in den Zirkeln oder Sitzungen blieb, die finstere Nacht, sehr oft war ich gezwungen, bei strömendem Regen, hartem Frost oder Schneegestöber nach Hause zu gehen. Wie in jeder entlegenen, unbewohnten, iden Gegend Rußlands lauerten Taschendiebe, Schufte und Landstreicher auf die verspäteten Fußgänger und nahmen ihnen alles, bis aufs Hemd, ab. Damit rechnend, befreite ich die Genossinnen von der Arbeit in den von Jekaterinow entfernten Bezirken. Ich schickte Genossen dorthin oder ging selbst hin.

Ich freute mich aber jedesmal sehr, wenn ich beim Zurückkehren von Nishnje-Dnjeprrowsk auf der Station einen Lastzug vorfand. Ich sprang dann auf den Bremswaggon, was der Schaffner den dortigen Bewohnern gestattete, und fuhr umsonst als „blinder Passagier“ bis nach Jekaterinow.

Eines Tages ging ich sehr spät von Nishnje-Dnjeprrowsk nach Jekaterinow. Es war ein starker Frost. Der Dnjepr war schon seit langem zugefroren. In der Nacht hing es zu schneien an, ein kalter Wind wehte. Durch den weißen Schleier der dichten Schneeflocken erblickte ich zu meiner größten Freude die hellen Laternen eines Lastzuges auf der Station. Es blieb mir keine Zeit anzuschauen, was das für ein Zug sei. Erfreut, daß ich die seltene Gelegenheit haben werde, die zehn Werst mit dem Zug zu fahren, rannte ich, so rasch ich nur konnte. Er setzte sich gerade in Bewegung, als ich mit Hilfe der Reisenden, die mich unter den Armen packten und die ich für Eisenbahnarbeiter hielt, in den Waggon sprang, der, wie die Aufschrift besagte, für „vierzig Mann oder acht Pferde“ bestimmt war.

Bei dem düsteren Licht der Laterne unterschied ich proportionale Piegestärken aus Brettern und liegende und sitzende Arbeiter, die ukrainischen Bauern schlichen.

„Sehen Sie sich. Wie Sie leuchten!“ sagte ein junger Bursche, der nicht weit von mir lag.

„Das sind Eisenbahnarbeiter“, stellte ich fest. „Das ist mal eine glänzende Gelegenheit, Propaganda zu machen. Sie sehen nur so grau aus“, dachte ich, während ich sie betrachtete. „Vielleicht fahren sie ins Bergwerk.“

Ich suchte also, als ich die Leute, die ich für Arbeiter hielt, erblickte, nach einem Vorwand, um mit ihnen ein Gespräch zu beginnen. Der Vorwand fand sich sehr bald.

„Sie sind aus Jekaterinow?“ fragte mich derselbe Arbeiter, der mir einen Platz angeboten hatte. „Lesen Sie Zeitungen?“ Erzählen Sie bitte was man schreibt. Ich kann nicht flug werden. Schlagen wir die Japaner oder prügeln die Japaner uns? Unsere Kleinrussen sagen: man schlägt die Unseren, und sie laufen so rasch, daß die Herzen nur so leuchten. Ist das wahr oder nicht?“

Ich nutzte die Gelegenheit aus und begann sofort den neben mir Sitzenden von der tragischen Lage der Arbeiter und Bauern in Rußland zu erzählen. Ich geriet in Erregung. Man hörte mit aufmerksam zu.

„Genug!“ erklang plötzlich eine scharfe, empörte Stimme, und im selben Augenblick packte mich fest eine grobe Hand.

(Fortsetzung folgt)



Die werktätige Frau

Jungarbeiterinnen im Arbeitsdienst

Lohnsklavinnen für Taschengeld — Auflehnung gegen die Ausbeutung

Alle Feinde der Arbeiterinnen fordern, daß, ähnlich wie beim Militär, die Jungarbeiterinnen, besonders die erwerbslosen und wohlfahrtsunterstützten in Arbeitsdienstlagern zusammengefaßt und gegen Taschengeld in schwerer Arbeit „zu Gehorsam und Disziplin“ erzogen werden sollen. Versteht sich, daß nicht nur die Nazis, das Zentrum und die katholischen Organisationen, die Deutschnationalen und die evangelischen Verbände für diesen „Arbeitsdienst“ sind, sondern auch die Sozialdemokratie und ihre Jugendorganisationen dafür eintreten, und daß sie alle versuchen, ihre Funktionäre als Leiter und Kommandeure in den Arbeitsdienststellen zu beschäftigen.

Nach Meldungen eines bürgerlichen Nachrichtenbüros sind bisher rund zehntausend erwerbslose Mädchen in den „freiwilligen“ Arbeitsdienst eingereiht worden, dessen ganze „Freiwilligkeit“ darin besteht, daß sich diese zum Arbeitsdienst geachteten Jungarbeiterinnen aus Furcht vor gänzlichem Unterstützungsentzug und Obdachlosigkeit „freiwillig“ an der Sammelstelle zum Abtransport ins Lager einfinden.

Neuerdings will man auch die „Töchter von arbeitslosen Vätern“ in die „freiwillige“ Zwangsarbeitsarmee stecken, und zwar sind gerade diejenigen die eifrigsten Fürsprecher dieser Losreißung der jungen Mädchen aus der Familie, die „moralisch am lautesten von der „Zerstörung der Familie durch den Bolschewismus“ und von der „Heilighaltung von Ehe und Familie“ schreien! Nämlich die christlichen Frauen- und Wohlfahrtsorganisationen, die faschistischen und deutschnationalen Kreise.

Was sollen nun die jungen Arbeiterinnen in dieser „freiwilligen“ Arbeitsdienstpflicht tun? Darüber wird gesagt: Wirtschaftsführung und Küchendienst in männlichen Arbeitslagern! Schaffung von Kleingartenland! Unterstützung der Gemeindefreiwirtschaft! Werkstattarbeiten für die bürgerliche „Winterhilfe“ usw.! Nehmen wir einige Beispiele heraus, wie das bisher gehandhabt wurde:

„Taschengeld“

Im Winterhalbjahr 1931/32 forderte die katholische „Caritas“ auf, von Haus zu Haus Sammlungen alter, abgelegter Kleider und Wäschestücke zu veranstalten und die zusammengetragenen alten, schmutzigen und gebrauchten Sachen den zum Arbeitsdienst eingezogenen Frauen und Mädchen zur Reinigung, Wiederherstellung, zum Waschen und Aufneu-Bearbeiten zu geben! Für solche eine Dreiarbeit wollte man zwar keinen Lohn, aber ein Taschengeld zahlen!



In Köln und Mülheimer „Wahlbüchsen“ müssen Arbeitsdienstlerinnen gegen einen Wochenlohn von neun Mark schwer arbeiten.

2 Mark „Lohn“ — Schweißsocken-Flicken

In Arbeitsdienstlager Springen (in der Rhön) ist von 5 bis 9 Uhr vormittags Singen. Man nimmt auf Wunsch der Leitung Faschisten- und Soldatenlieder an, wie z. B. von der „Annemarie“, wo man den vierten Vers wie folgt singen läßt: „Der vierte Sohn wird Kommunist, weil er ein Rindviech ist.“

Ein Stahlhelmann ist Kommandeur. Nach Abzug von Wohn- und Kostgeld bleiben wöchentlich vom „Lohn“ zwei Mark übrig!



Das Düsseldorf Jugendamt beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 7. dieses Monats mit der Ausdehnung der Arbeitsdienstpflicht. Die weibliche erwerbslose Jugend soll bei den Angehörigen wohnen bleiben, aber „Feldarbeiten machen, im katholischen Gesellschaften alte Unterhosen und Schweißsocken flicken, für den Hauswart putzen usw.“ „Lohn“ wöchentlich 7 Mark. Der ADGB ist dort zu 28 Prozent an der Durchführung der Arbeitsdienstpflicht beteiligt.

Würmer und Haare

In der städtischen Pflichtarbeiterinnen-Werkstelle in Bisdorf (Niederrhein) erhalten die Arbeiterinnen neun Mark „Lohn“ wöchentlich, wovon drei Mark für Essen und Fahrgeld einbehalten werden, obwohl das Arbeitsamt die Bezahlung von Essen und Fahrgeld zugesichert hatte. Das Essen ist oft ungenießbar, man findet darin Würmer und Haare. Als Brotbelag gibt man Margarine und Suppenröllchen und ähnliche Zusammenstellungen. Die Arbeitszeit, die 36 Stunden wöchentlich betragen soll, wird ohne Entschädigung auf 42 Stunden ausgedehnt. Wenn eine Arbeiterin fehlt, wird ihr eine Mark vom Lohn abgezogen, für zwei Tage gleich vier Mark. Die Oberin redet die Arbeiterinnen alle mit „Du“ an, beschimpft sie und treibt sie fortwährend zur Arbeit an. Die Mittagspause ist viel zu kurz, um in Ruhe essen zu können. Wenn jedoch eine Kommission zur Besichtigung kommt, ist alles ausnahmsweise in Ordnung. Die Oberin ist Nationalsozialistin!

Eine proletarische Antwort!

— und ihre Wirkung

Arzberg: Vor einigen Tagen ereignete sich hier ein Fall, der wohl keine Seltenheit sein dürfte.

Eine Genossin fragte in der Porzellanfabrik Arzberg AG. (etwa 1600 Mann Belegschaft) um Arbeit an. Nachdem der Direktor nicht gleich anwesend war, mußte sie einige Zeit warten. Während dieser Zeit erschien der in den Arbeiterkreisen durch sein ironisches Verhalten gegenüber Kranken und den sich um Arbeit Bewerbenden (Frauen nimmt er besonders aufs Korn) latente bekannte Nazi-Propagandist Meier.

Meier fragt nun die Genossin, woher sie sei und wie sie heiße und gebrauchte dabei eine dreidige, anjüngliche Bemerkung. Die Genossin verbat sich das. Darüber geriet dieser Nazi so in Wut über das Entgegenreten der Genossin, daß er in übergeschnappter Stimme ausrief:

„Reden Sie mich am Arsch, Sie Mistvieh, schauen Sie, daß Sie rauskommen“, und wollte die Genossin rauswerfen.

Uniere Genossin gab ihm die richtige proletarische Antwort. Sie überlegte nicht lange und patzig, hatte der seine Meier die Hand einer Proletarierfrau in seiner Halskreuzspange fassen. Auch blieb sie ihm die nötige Antwort auf seine gemeine Reden nicht schuldig.

Als der Gentleman Meier sich von dem Handfuß erhobte, stolperte er dem Fabrikhof zu.

„Zu Nutz und Frommen . . .“

Die Zentrumszeitung „Germania“ berichtet über den „freiwilligen“ Arbeitsdienst der katholischen Frauenorganisationen. In Brühl sind 20 Arbeitsdienstlerinnen in der Kreishaushaltungsschule mit Gartenarbeit, Küchenarbeiten usw. beschäftigt und dürfen außerdem die für die Winterhilfe gesammelten alten Kleidungsstücke ausbessern und herrichten. In Bruchsal weist man die Arbeitsdienstlerinnen den katholischen Kindergarten zur Hilfsarbeit zu. Auf den Tagungen der „Caritas“ wird aufgefordert, recht eifrig für die „freiwillige“ Arbeitsdienstpflicht zu werben, um die Widerstände der klassenbewußten Arbeiterinnen gegen diese moderne Verflaumung und Militarisation im „Arbeitsdienst“ zu überwinden. Zu Nutz und Frommen der christlichen Anstalten und Schulen, der Unternehmer, Großgrundbesitzer und Militärbehörden, kurz zur besseren faschistischen Unterdrückung der Erwerbslosen und Erwerbslosenjugend, soll die Arbeitsdienstpflicht immer weiter ausgedehnt werden.

Einheitsfront

Die Jungarbeiterinnen schließen sich gegen diese Maßnahmen in roter Einheitsfront zusammen und gehen zum Kampfe über, wie ein Beispiel aus Bisdorf beweist. Dort beschloß die Belegschaftsversammlung der städtischen Pflichtarbeiterinnen-Werkstelle in der Luftschiffwerkstätte, einen Kampfausschuß zu bilden, dem zugleich folgendes Kampfprogramm zur Vorlage bei der Kölner Stadtverwaltung an die Hand gegeben wurde:

1. Zahlung von zehn Mark wöchentlich. Davon dürfen keine Abzüge gemacht werden.
2. Unentgeltliche Lieferung eines anständigen Essens.
3. Unentgeltliche Lieferung von Arbeitskleidern.
4. Anständige Behandlung der Arbeiterinnen durch das Aufsichtspersonal.

Bei Nichterfüllung dieser Forderungen haben die Arbeiterinnen beschlossen, geschlossen den stärksten Kampf aufzunehmen, evtl. mit Streik zu antworten.

Organisiert überall den geschlossenen Widerstand der zum Arbeitsdienst Geschickten.

Die Blamage, die sich dieser Meier holte, ließ ihm sicher keine Ruhe. Schon nach einigen Stunden erschien der Bortier im Auftrage des Meier bei dem Manne der Genossin und bettelte im Auftrage des M., es möge doch von einer Anzeige Abstand genommen werden, Meier bedaure das Vorgehen aufs tiefste. Die Frau solle nur am Montag die Arbeit anfangen.

Doch der Mann der Genossin war nicht zu bewegen und ließ an Meier ausrichten und folgende Forderung übermitteln, mit einer Frist bis nächsten Tag um 9 Uhr:

Meier zahlt einen Betrag an das Ortskomitee werktätiger Frauen, er sorgt für eine leichte und gut bezahlte Arbeit, die Frau fängt am 10. Oktober wieder zu arbeiten an.

Schon nach einer Stunde waren dem Ortskomitee werktätiger Frauen zehn Mark übermitteln, die Genossin fing an zu arbeiten mit den gestellten Bedingungen, und sie wurden erfüllt.

Meier konnte auch anders mit den Arbeitern umgehen, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen es ihm beibringen, denn er empfing die Genossin mit einer ausgelassenen Höflichkeit, so wie er noch nie zu den Arbeitern war. Er gab sogar zu, daß ihm dieser Vorfall eine Warnung für sein ganzes Leben sei.

Hier zeigt sich, daß, wenn wir Arbeiterinnen uns alles gefallen lassen, die Herren Schneid zeigen, aber wenn wir uns wehren, geben sie klein bei. Es liegt an uns Frauen, wir müssen kämpfen gegen Ausbeutung und gemeine Behandlung durch die Unternehmer und ihre Lakaien.

Schließt euch der roten Einheitsfront an, werdet Frauenabteilungsleiter im Ortskomitee — lest die „Kämpferin“!

ECKE für proletarische Kinder!



Prügel gibt's in der Schule . . . noch und noch

Ihr alle wißt's: niemals ist so viel in unserer Schule geprügelt worden, wie in der letzten Zeit. Das kommt nicht von ungefähr, sondern das ist Absicht! Ihr lest es in den Zeitungen. Vater und Mutter erzählen sich zu Hause, der Lehrer quasselt davon in der Klasse:

Deutschland braucht Aufrüstung!

Was heißt das? Es gibt bald einen Krieg! Im Krieg braucht man Soldaten und „ruhiges Hinterland“. Da darf keiner mucksen gegen die Machthaber, alles muß gehorsam und unterwürdig die Befehle der Generale befolgen.

Deshalb prügelt man uns heute so!

Still- und Ruhigsein sollen wir lernen. „Wer viel Prügel bekommt, wird bald ein Sklave!“ so denken die Herren, die uns beherrschen.

Doch die Herren sollen sich irren.

Wir lassen uns nicht prügeln!

Schließt euch in jeder Klasse zusammen. Ob ihr Jungpioniere, Rote Falken, Pfadfinder oder sonst in einem bürgerlichen Sportverein seid, seid eine feste Front in der Schule und bildet einen

Rotes Schulvorposten.

Wenn ihr alle zusammenhaltet, kann kein Lehrer mehr prügeln. Ihr helft dadurch den Arbeitern in der ganzen Welt im Kampf gegen die Kriegstreiber. Also, ran an die Arbeit!

So machen's die Lehrer

In der Lutherschule Stimbergstraße, Klasse 4, ist der Stahlhelmler Brosinski. Als wir Schüler zum Schwimmen gingen, gab es auf dem Flur etwas Gedränge und ein Junge berührte den Anzug des Lehrers. Da schlug dieser ihm an den Kopf, daß unser Kamerad zum Arzt gehen mußte. Wir fordern alle Schüler auf, mit uns im Roten Schulvorposten zu kämpfen. Wir wollen, daß Lehrer Brosinski entlassen wird.

Seid bereit!

Kinder von der Lutherschule
in Erkenschwink (Recklinghausen)

Lehrer Müller schlug unseren Kameraden Bölz, weil er nicht beim Rechnen mitkam, derart, daß man blaue Streifen am Körper sah. Der Lehrer Br. schlug einen Kameraden so ins Gesicht, daß dieser zum Doktor gehen mußte. Auch packt er manchmal einen Schüler am Hals und steckt ihm „dann den Finger in den Mund, daß sie oft keine Luft bekommen“.

Seid bereit!

IAH-Pioniere Neckargartach.

So machen wir es

Wir verteilten ein Flugblatt. Auf dem stand:

„Achtung, Achtung! Hier ist das Rote Sprachrohr. Arbeiterkinder der 111. Volksschule. In der vorigen Woche hat man uns die freie Schulspeisung entzogen. Gestern hat der Nazilehrer Schmidt wieder einen IAH-Pionier wegen „Trommel“-Verkauf geschlagen. Ihr wißt alle, daß „Die Trommel“ eine knorke Zeitschrift ist und das Beste für uns Arbeiterkinder will. Wir müssen dagegen protestieren, sogar die Roten Falken und einige Kinder aus dem Jungvolk waren empört über das Verhalten des Nazilehrers.“

Alle, alle müssen morgen um halb zwei zur Schulversammlung am Planschbecken des Engelufers kommen.
gez. Rote Jungpioniere. Abt. Stalin.“

Und richtig! Nach Schluß waren viele Kinder zum Engelufers gekommen. Ein Pionier stieg auf eine Bank und hielt eine Rede für den Roten Schulvorposten und daß wir in ihm alle gegen die Prügellehrer kämpfen sollten. Viele Kameraden meldeten sich, um mit uns mitzukämpfen.

Seid bereit!

Roter Schulvorposten Berlin,
111. Volksschule.

Kämpft um Freigabe eurer „Trommel“!

Die „Trommel“

Zeitung aller Arbeiter- und Bauernkinder
auf ein halbes Jahr verboten!

Kämpft gegen Prügel im „Roten Schulvorposten“!

Unerhörte Ausbeutung von Jungarbeitern

Der Holzhändler Paul Steiner, Breslau, Vorwerkstraße 17, scheint der Ansicht zu sein, daß die ihm vom Arbeitsamt vermittelten Arbeitskräfte den chinesischen Kulis gleichzustellen sind. Er beschäftigt in seiner Holzbindelanstalt vier junge Arbeitermädels, denen er einen Korblohn von 25 Pfennigen für 100 Bündel zahlt. Durch Vorpiegelungen von falschen Angaben, daß 100 Bündel in einer Stunde leicht herzustellen seien, hatte er die Arbeitermädels zur Aufnahme der Arbeit überredet. Doch bald machten die jungen Arbeiterinnen die Wahrnehmung, daß das ein Unbding ist, daß man selbst bei Anstrengung aller Kräfte den ganzen Tag etwa 100 Bündel fertig bringen kann. Da sie für 100 Bündel nur 25 Pfennige erhalten, bekamen sie am Wochenende 1,50 Mark in die Hand gedrückt.

Bei dieser Gelegenheit kam auch die gemeine Kasse, die das städtische Arbeitsamt dabei spielt, so recht zum Ausdruck. Die „Dame“, die im städtischen Arbeitsamt den Mädels die Arbeit vermittelt, setzte die armen Opfer zuerst unter den nötigen Druck. Unter der Androhung, daß man ihnen auf 6 Wochen die große Arbeitslosenunterstützung sperren würde, wurden sie indirekt zur Annahme dieser Arbeit gezwungen. Das Arbeitsamt macht sich damit schuldig, daß sie Arbeiter zu Löhnen vermittelt, bei denen sie in voller Arbeit verhungern müssen. Da meldet sich kein Verband, kein Arbeitsgericht, kein Jugendamt, da schweiget alles zum Wohle dieser benutzten Gesellschaft, im Interesse der „Anfurbelung der Wirtschaft“.

Jungarbeiter, schließt euch enger an die kämpfende Front der Arbeiter an. Organisiert euch im kommunistischen Jugendverband, reißt auch in die KPD ein zum Kampf um menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Der Arbeiter-Musikverein „Alt-Scheitnig“

hat in seiner letzten Mitgliederversammlung einstimmig folgende Entschlüsse gefaßt:

- 1. Sämtliche Mitglieder des Arbeiter-Musikvereins Alt-Scheitnig stehen treu zur kommunistischen Partei, erkennen die politische Führung der KPD an und verurteilen den Fehler, den sie anfänglich des letzten Internationalen Jugendtages begangen haben.
2. Sie verpflichten sich, alle Anweisungen und Beschlüsse der zuständigen Parteileitungen durchzuführen, und falls es die Partei fordert, auch der Stadtteilleitung die Instrumente zur Verfügung zu stellen.

Damit ist die Mitgliedschaft der Kapelle entschieden von ihren in der letzten Zeit begangenen Fehler abgerückt und hat sich auf den Boden der proletarischen Disziplin gestellt. Wir veröffentlichen diese Entschlüsse, weil sie die revolutionäre Reife auch der parteilosen Arbeiter zeigt, die in dieser ernsten Situation alles daran setzen müssen, durch Festigung der proletarischen Disziplin alle Zerlegungsversuche des Klassenfeindes zurückzuschlagen.

W. Schließen der KPD.

MASCH

Montag, den 21. November: Fortsetzung des Kurses, Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Thema: Die Revolution von 1848 in Frankreich und Deutschland.

Nazi als „Sachverwalter“ der Armen

Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger und sonstige Hilfsbedürftige sollen zum Wohle der feinen Leute krepieren

Vor uns liegt ein Flugblatt der Nazi, das sich mit den Kriegs- und Arbeitsopfern beschäftigt. Diese Prinzen, Offiziere, und Kapitalisten-Partei, wendet sich nämlich an alle Schichten von „lieben Volksgenossen“, um sie den Interessen des Geldsacks dienstbar zu machen.

In diesem Flugblatt schwärmt man natürlich vom „großen Adolf“, dem Manne aus dem ischschischen Volke, der auch kriegsverletzt sein soll, der angeblich, wenn er die „ganze Macht“ im deutschen Staate in der Hand habe, für die Kriegsoffer, für die Armen und Schwachen sorgen werde. Während man so das kleine Volk beschwichtigt und mit Illusionen füttert, sprechen die Führer auf sozial-politischem Gebiet in ihren Fachschriften eine gerade entgegengesetzte Sprache. Und das ist das Entscheidende, so wie es in den Flugblättern steht, soll es im Dritten Reich nicht gemacht werden, sondern so, wie es in den Fachschriften der Nazi steht.

Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, wie man von Naziführer über die Kriegs- und Arbeitsopfer denkt. Wir erinnern an Nazi-Schriftsteller Mann, der den kriegsbeschädigten den Strich empfiehlt. Wir erinnern an Reben des Wirtschaftsfachmannes in der Reichsleitung der Nazi, Wagner, die er vor den Kapitalisten gehalten hat. Er empfiehlt im Sinne der Kapitalisten, Zerschlagung der Sozialgesetzgebung und Einführung an dieser Stelle Werksparsparissen, usw.

Heute fällt uns ein Artikel aus dem „Mitteilungsblatt der Nationalsozialisten in den Parlamenten und gemeindlichen Vertretungskörpern“ in die Hände, der auch wieder das wahre Gesicht dieser Kapitalistenagenten zeigt. Der Kritiker ist der sozialpolitische Referent bei der Reichsleitung der Nazi, der berufende „Arbeitervertreter“ Freiherr Eike von Replow.

Wir wollen uns mit einigen Kostproben aus seinem Artikel begnügen.

v. Replow sagt einleitend: ... Es liegt in der Luft, daß der Zeitpunkt der Arbeitsdienstpflicht gekommen sei ... und er empfiehlt natürlich, die Sache militärisch aufzuziehen. Natürlich das Ideal dieser Freiherrn, Barone, Kapitalisten-Arbeitervertreter: Nazi-uniform, Kochgeschirr, 32 Pf. pro Tag und 12 Stunden arbeiten. Bei diesen 32 Pf. der Proleten werden dann aber die Geschäftsleute, die zum größten Teil der Nazi nachlaufen, fett werden. Bei ihnen wird dann die Wirtschaft „angefurbelt“. Dann spricht v. Replow weiter über alle Fürsorgegesetze, von denen er wünscht, daß sie zum alten Eisen geworfen werden. Wörtlich schreibt er weiter:

„Das Ehrgefühl, die Scham, Mittel der öffentlichen Hand je erhalten zu haben, müssen wieder wachgerüttelt werden. Es kann nicht angehen, daß ganze Berufsstände es als etwas selbstverständliches betrachten, trotz ihrer immer noch leidlichen Lage, den Kampf ihrer Organisationen nur darauf abzustellen, daß sie möglichst reichlich unterstützt werden. Man kann in den einzelnen Berufsgruppen sehr oft die Beobachtung machen, daß das Ehrgefühl in dem einen Orte mehr als in dem anderen entwickelt ist, was sich in der Zahl

der zu unterstützenden und naturgemäß den aufzuwendenden Beträgen ohne weiteres ausdrückt ...“

Wir möchten empfehlen, daß dieser abfällige „Arbeitervertreter“ diese Zeilen seinen Hg. a la Prinz Kumi, v. Epp, General Eismann u. a. unter die Nase hält. Diese feinen Leute erhalten 16 000, 18 000 Mark und mehr Wohlfahrtunterstützung von dieser Republik.

Herr v. Replow spricht dann weiter, daß „diese Wohlfahrtsempfänger und jungen Leute, die zu faul sind zum arbeiten, von der Gutmütigkeit und Anständigkeit des arbeitenden Volkes leben. So ein junger Burche könne ruhig verhungern. Die Festlegung von Richtsätzen sei falsch, man müsse jeden Unterhaltungsfall individuell prüfen und nach Gutdünken ein Almosen geben.“

Auch hier scheint Herr v. Replow sich in der Adresse geirrt zu haben, das würde alles für seine adligen und schmarozkenden Klassen-genossen zutreffen. Die faule Gesellschaft arbeitet nichts und bezieht ladelhafte hohe Pensionen.

Weitere Abjänge des Nazartitels sind interessant, als es da heißt: „So kam es, daß mancher Unterhaltungsopfer mehr Geld für Nichtstun erhielt, als manche Arbeiterkategorie. Es sei nur erinnert an die bei den Kleinbauern Beschäftigten, die oftmals mit einer großen Familie sich mit einem kaum größeren Betrage durchsetzen mußten, wie die Wohlfahrtserwerbslosen.“

Wenn das Verantwortungsgefühl gehoben werden soll und Faulpelze in Zukunft nicht mehr unterstützt werden sollen, dann muß der Beweis, daß ein Unterhaltungsfall vorliegt, von dem zu Unterhaltenden geliefert werden und nicht umgekehrt die Behörde verpflichtet sein, zu beweisen, daß hier kein Unterhaltungsfall vorliegt.

Bei aller Anerkennung der schwierigen Lage, in der viele Kreise des deutschen Volkes sich befinden, wollen wir klar und offen aussprechen, daß geradezu eine Rentenvoyage eingeleitet hat. Wo finden wir denn beispieldurchdrungen in den meisten kommunistisch geleiteten Erwerbslosenversammlungen einen Redner, der einmal sich hinsetzt und verlangt, daß jeder einzelne selbst, sei es durch Znanriffnahme eines Kleingartens oder sonstwie alles tut, um seine Lage zu verbessern?

Wir kennen genug Fälle, wo der kinderlos verheiratete Sohn garnicht daran denkt, von seinem regelmäßigen Wochenverdienst auch nur einen Pfennig für die alte Mutter herzugeben, sondern auf dem Wohlfahrtsamt herumtobt und schimpft, um eine Unterstützung für sie herauszuholen, obwohl die Mutter in seinem Haushalt lebt.“

Weiter heißt es: „In den Fürsorgekommissionen sitzen Leute, die kaum in Zeiten höchster wirtschaftlicher Konjunktur in der Lage sind, sich selbst zu ernähren. Für sie ist jeder Antrag dazu da, um genehmigt zu werden.“

Deshalb müssen wir die Forderung erheben, daß das Privileg der Minderleistung der Hilfsbedürftigen sowohl in der Fürsorgekommission, wie in der Einspruchs- und Berufungsinstanz beseitigt wird. Das ist etwas durchaus natürliches und ein Grundsatz, der sich im ganzen öffentlichen Recht findet, nämlich der, der Ausschaltung der Beteiligten.“

Klassengenossen, Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger, Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene, Invaliden und sonstige Opfer des kapitalistischen Systems, das ist die wahre Frage der Nazi, dieser Clique von Adligen, Offizieren, Großgarnierern und Kapitalisten, die euch Arbeiterfreundlichkeit heucheln, in Wahrheit dem verredenden Kapitalismus helfen und euch die paar lumpigen Unterhaltungs-pfennige stehlen helfen. In den Versammlungen heucheln sie den Kampf gegen die „feinen Leute“, gegen das „System“, um durch die Phrasen Teile der Werttätigen irre zu führen.

Die Erklärungen der faschistischen Henkersknechte müssen jeden Werttätigen zu der Erkenntnis bringen, daß nur im entschiedensten revolutionären Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft und ihre Henkersknechte, die Nazi, ihre Interessen verteidigt werden können. Es ist darum größte Pflicht eines jeden im kapitalistischen System Unterdrückten, sich in die antifaschistische revolutionäre Kampffront einzureihen und aktiven Anteil zu nehmen. Schließt die rote Einheitsfront der Tat gegen den Faschismus. Kämpft mit der kommunistischen Partei für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, schließt euch, ihr Kriegs- und Arbeitsopfer der proletarischen Kampforganisation, dem Internationalen Bunde an.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöhllich in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Die faschistischen Methoden in der „weltlichen“ Schule Posener Straße

Breslau. Ueber die Sammelschule Nr. 2, Posener Straße, ist des Aleren schon geschrieben worden. Dort herrscht bekanntlich als Schulleiter der Nationalfaschist Rektor Kaufmann.

Derselbe sollte auf Beschluß einer Elternversammlung schon längst verschwunden sein, aber die Behörden haben ja ein Interesse daran, solche Schulleiter in Amt und Würde zu behalten. Die Elternschaft dieser Schule wird dazu übergehen, ihren gefaßten Beschluß vom 15. November, in den Schulstreik zu treten, durchzuführen.

Dieser Rektor Kaufmann hat es verstanden, das Lehrpersonal für seine faschistischen Methoden zu gewinnen. Das zeigte besonders folgender Vorfall, der uns von den Kindern der Schule berichtet wird.

Am Dienstag, dem 15. November, spielten die Kinder wie immer in der großen Pause im Schulhofe. Am Schluß dieser Pause ist Anreiten, um geordnet in die Klassenzimmer zu gelangen. Zwei Kinder der Klasse 4a kamen zum Antreten zu spät. Darauf packte den Lehrer Tieg, welcher die Aufsicht hatte, wieder einmal die große Rut. Er rief die Kinder zu sich und gab jeden ein paar Ohrfeigen,

so daß die Kinder weinten. Einer dieser Geohrfeigten wurde von seinen Schulkameraden genickt, so daß es etwas laut wurde, darauf befiel der Lehrer Tieg den Jungen nach dem Amtszimmer, um ihn weiter zu verprügeln. Der Junge weigerte sich, wahrscheinlich aus Angst, in das Amtszimmer zu gehen. Darauf gab der Lehrer Tieg dem Jungen noch eine Ohrfeige und schlug ihn auch mit einer blechernen Frühstücksbüchse. Der geängstigte Junge wollte nach Hause laufen, wurde aber von der am Schultor aufgestellten Wache nicht hinausgelassen.

Darauf holte Tieg den Jungen selbst, führte ihn ins Lehrzimmer und verprügelte ihn so, daß man es bis auf dem Korridor schreien hörte!

Arbeiterkern! Wie lange noch wollt ihr euch solche Zustände gefallen lassen? Ueberläßt die Erziehung eurer Kinder nicht solchen Prügelhelden, hinweg mit solchen Faschisten.

Arbeiterkinder, aufgewacht, schließt euch im proletarischen Schulvorposten zusammen und fordert geschlossen mit euren Eltern die Absetzung solcher Lehrer und schließt euch den Roten Jungpionieren an.

Man läßt Arbeiterkinder zugrunde gehen

Breslau. Am Donnerstag, dem 17. November, erschien auf der Hofwiese des Wohlfahrtsamtes auf der Heinrichstraße 12 der Arbeiter mit seinen drei Kindern im ungefähren Alter von 11, 9 und 7 Jahren. Die Kinder tragen keine Schuhe, sondern hatten ihre Füße in Lumpen eingewickelt. Der Arbeiter erklärte, daß er vor vier Wochen ein Gesuch um Bewilligung von Schuhen für seine Kinder eingereicht habe, daß dieses Gesuch angeblich verloren gegangen sein soll. Auf ein später erneut eingereichtes Gesuch sei der Ermittler dort gewesen, aber bisher hat der Arbeiter noch keinerlei Antwort erhalten. Da der Arbeiter die Kinder ohne Schuhe in berechtigter Weise nicht zur Schule schickte, wünschte er den Wohlfahrtsdirektor zu sprechen, was ihm verweigert wurde. Auch gab man diesem Arbeiter keinen weiteren Bescheid. Er zog dann mit seinen Kindern durch die Straßen Breslaus zum Rathaus, hat aber auch dort, soweit wir Kenntnis erhalten haben, nichts erhalten.

Es ist eine Schande ohnegleichen, daß auf der einen Seite die Schaufensterläden voll von Waren hängen, eine kleine Schicht von Schmarozkern und Ausbeutern nicht weiß, wie sie das Geld verprassen soll, und auf der anderen Seite die Kinder der Werttätigen, die Kinder der Opfer wahrnsünder kapitalistischer Wirtschaftsweise ohne Schuhe herumlaufen und zugrunde gehen müssen. Für die ungeborenen Kinder interessiert sich diese kapitalistische Gesellschaft, zwingt die unterernährten Mütter durch den § 218, zu gebären, aber die lebenden Kinder läßt sie dahinsiechen. Fürwahr eine „gottgewollte Weltordnung“, wie sie durch diesen Vorfall nicht besser demonstriert werden konnte.

Kampf dem Verbot des DFB.

Am 16. November fand in der „Stadt Leipzig“ die Mitgliederversammlung des DFB. (Abteilung innere Stadt) statt. Als Thema war angefündigt: „Das drohende Verbot des Deutschen Freidenkerbundes“ und unter einem anderen Punkt „DFB und Politik“. Referent war der fassant bekannte Pletsch. Seine Ausführungen waren ein richtiger reformistischer Brei. Wer geglaubt hatte, etwas von einer Verteidigung des Verbandes gegen das drohende Verbot zu hören, wurde arg enttäuscht. Pletsch erklärte nur, ob der Deutsche Freidenkerverband verboten wird oder nicht, wäre eine Nachfrage. Auch als er über den Punkt „DFB und Politik“ sprach, ging Pletsch um den Kern der Sache herum und behauptete, daß der Verband „überparteilich“ wäre. Anscheinend glaubte er an Hand der Ausschüsse von revolutionären Arbeitern begründen zu können. In der Diskussion trat ihm ein Kommunist entgegen. In kurzen Sätzen zeigte er auf, daß die Rede des Pletsch die Anwesenden geistig vernebeln sollte. Er erklärte, daß in Wirklichkeit das Referat Pletschs eine Grabrede für die Organisation gewesen sei.

Wir als revolutionäre Mitglieder des Verbandes haben die Pflicht, ein drohendes Verbot des DFB. durch außerparlamentarischen Kampf abzuwehren. Ferner erklärte der Diskussionsredner, es müßte der Verband vor allen Dingen von der Sozialdemokratischen Partei gelöst werden, weil diese Verbindung der Tod für die Arbeiterbewegung bedeute. In seinem Schlußwort ging Pletsch auf die Ausführungen des Diskussionsredners zum größten Teil nicht ein, sondern redete nur einige belanglose Sätze. Eine besondere Rolle in dieser Versammlung spielte der Gruß „Freiheit“. Als Pletsch hereintrat, begrüßte er die Anwesenden mit diesem Grusse. Von einem Genossen wurde ihm mit „Rot Front“ geantwortet, was ihn veranlaßte zu erklären, der Gruß „Freiheit“ wäre bereits seit 10 Jahren der Gruß des DFB. Zum Schluß der Versammlung ertönte auf seinen Gruß „Freiheit“ ihm ein mehrfaches „Rot Front“ entgegen.

Alles zu den Schulungsabenden

Wrieg. Alle Genossinnen und Genossen der Partei und aller Nebenorganisationen, nehmen am Schulungsabend, der jeden Montag im Heim der KPD stattfindet, teil. Thema: Politische Tagesfragen. Andere Parole heißt: Weiter vorzogen: Kühner und entschlossener. Sämtliche Parteien von SPD bis zur äußersten Rechten, sind sich im Kampf gegen Bolschewismus einig. Darum gilt es Massenaufklärung hervor zu ziehen und den Kampf zu führen.

Gustav Sternagel-Haus
Brauerei „Zum Birnbaum“
Breite Straße 8 / Telefon 516 20
Ausschank von
Dominikaner-Bod
Märzen- und Bernhardinerbier
Versand in Flaschen u. Gebinden
Siphons à 5- und 10 Liter

Achtung! Achtung!
Schanburg Weißstein
Es läuft der Film
Das Erwachen der Liebe
und zwar am
23. November, nachm. 3 1/2 Uhr
24. November, vormittags 10 Uhr
25. November, nachm. 3 1/2 Uhr
Eintrittspreise: Beschäftigte 0.20
Erwerbslose
Jugendliche und Witwen 0.10 Pf.
Um recht zahlreichen Besuch bitten
Die Vorstände des
Deutschen Freidenker-Verbandes
Ortsgruppe Wc. Stein

Überall Solidaritätsaktionen — Einheitsfrontaktion im Angriff

Westdeutschland:

Zugunsten der Roten Hilfe trat die Reservemannschaft des bürgerlichen Sportvereins 1000 Wannheimerort zu einem Fußballspiel gegen die roten Sportler desselben Ortes an. Am Schluss des Spiels erklärte die bürgerliche Mannschaft den Uebertritt zur R.H. und unter dem Beifall der Zuschauer marschierten die Spieler zum Vereinslokal, wo in einer Veranstaltung ein Genosse ein Referat hielt über die Bedeutung der roten Sportbewegung.

In vielen Orten des Landesgebietes haben sich Sporteinheitskomitees gebildet, die sich aus werktätigen Sportlern des reformistischen und bürgerlichen Lagers zusammenschließen. In der Woche vor der Wahl traten so die Einheitskomitees von Rath-Hausfeld, Eller, Oberbill in Aktion. Das letzte Einheitskomitee setzt sich aus der geschlossenen 1. Mannschaft des Sportklubs Viktoria 1902 Oberbill zusammen. Alle Spiele wurden unter reger Anteilnahme der gesamten Arbeiterklasse durchgeführt, wobei besonders der starke Besuch der Anhänger der bürgerlichen Sportvereine auffiel.

Niederrhein:

Man-Gebel Vorbeck konnte den Bundesverein Essen-Nord zu einem Solidaritätsspiel gewinnen. Die Bundesmannschaft zeigte ein gutes Spiel und gewann überlegen.

Württemberg:

Der Radfahrerverein Cannstadt (normaler Diamant), der Mitglied des Bundes Deutscher Radfahrer war, beschloß in einer außerordentlichen Versammlung den Uebertritt zur R.H. Bei einer gut besuchten Werberveranstaltung in Heidenheim, bei der alle Sparten der roten Sportler ihr Können im besten Lichte zeigten, erklärten mehrere Mitglieder, darunter auch bürgerliche Fußballspieler ihren Beitritt zur R.H.

Sachsen:

Zum Herbstsportfest in Baugen erschienen auch Genossen aus den Bundesvereinen Vitzschowwerda und Görlitz. Auch Schachspieler und Ringer aus Bundesvereinen nahmen an den Kämpfen teil. — Die Streikfront der streikenden Textilarbeiter in Limbach steht trotz mehrwöchigen Kampfes unerschüttert da. Die roten Sportler besetzen hier ebenfalls ihre aktive Solidarität. Sie übernehmen nicht nur die Verpflegung der Streikenden, sondern betätigen sich auch als Streikboten und bei den Sammelaktionen.

Hannover:

Eine Ortsgruppe von „Solidarität“ beschloß einstimmig den Uebertritt zur R.H. Ein großer Teil der übergetretenen Genossen zählt 25 Jahre und mehr der Arbeiterportbewegung an.

Thüringen:

Am Tage vor der Wahl führte der Bundesverein Freie Turner Rönitz ein Solidaritätsspiel mit dem CVM. Pögnitz, der der R.H. angehörend ist, durch. Der Bundesverein siegte 3:1. Das Spiel fand ganz im Zeichen der Wahlpropaganda.

Was weiß der Gegner von uns?

Mit den Hamburger roten Sportlern können wir keine Spiele austragen, sie haben ja keine Handballmannschaft. Wozu sollen wir uns der Handballmannschaft anschließen, wenn wir dann doch keine Spielgelegenheit haben? Das waren die Ausführungen eines Bundesvorstands auf einer Einheitskonferenz in Hamburg. Wenn man dem die Tatsache gegenüberhält, daß in Hamburg mehr als 50 Handballmannschaften in der R.H. ihre Existenz und Lebensfähigkeit bewiesen, so muß die Unwissenheit des Bundesvorstandes Ursachen haben. Sicherlich als bisher müssen die roten Sportler die Zusammenhänge auch über die sportlichen Belange in der Kampforganisation unterrichten. Viel mehr noch die Landeszeitungen unter bürgerliche und reformistische Sportler vertreiben, um auch auf diesem Wege Aufklärung in die Massen zu tragen.

Polizei löst Kundgebung der roten Sportlerinnen auf

Die Berliner roten Sportlerinnen hatten wenige Tage vor der Wahl eine große Kundgebung organisiert, deren sportlicher Teil der Fußball war, in welchem die Genossinnen in vortrefflicher Weise die realistische Stimmung der Partei und der Sozialdemokratie in dem landesweiten Wettbewerb aufzeigten. Die Kundgebung nahm auch Stellung zu dem neuerlichen Verbot der „Roten Hilfe“, der Arbeiterinnenbeschäftigung, sowie zu dem F.V.B.-Streik. Als die empfindende Polizei aufgelöst wurde, löste die Polizei die Kundgebung auf und verhaftete die Genossinnen, die die Resolution zur Besetzung verabschiedet hatte. Die zahlreich werktätigen Frauen nahmen in höchsten Eifer die Besetzung wahr. Die Besetzung der Polizei löste die Kundgebung auf.

Auch im Westen Berlins, in Lankow, hatten die Sportler eine große Kundgebung organisiert, an der über 500 Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen. Auch diese Veranstaltung nahm zu den politischen Tagesfragen Stellung und fand im Zeichen des bürgerlichen Verfalls sowie die reformistische Politik der Abwägung des F.V.B.-Streiks. Einmütig gelobten die Teilnehmerinnen, mit bestmöglicher Konsequenz den Kampf für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse zu führen. Auch hier löste die Polizei die Kundgebung auf.

Bahn- und Straßenrennen 1933

Die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit haben im Verlauf der diesjährigen Sommerferien mit ihren Parteikollegen eine Reihe von Treffen zu verschiedenen Hunderten von Fahrern der bürgerlichen und reformistischen Radfahrergenerationen haben sich an den bei der Kampfgemeinschaft ständig zahlreicher werdenden Straßen- und Pabarenrennen beteiligt. Der Einfluß der Kampfgemeinschaft auf diese Schicht junger, sporttreibender Arbeiter ist im höchsten Maße, und es ist Aufgabe, in allen Gebieten dafür zu sorgen, daß durch die Organisation von Radrennen usw. diesen jungen Klassenkämpfern eine Betätigungsmöglichkeit bei uns geschaffen wird. Auch gibt es einige, die da meinen, die Radfahrer auf der Handstraße vertragen sich nicht mit den Aufstellungen eines revolutionären Sportlers. Eine solche Auffassung ist falsch, linksorientiert, und verhindert den Zutrom breiter Schichten Sporttreibender zur Kampfgemeinschaft.

Gemeinnutz mußten wir also jetzt den sportlichen Betrieb der Radfahrer in der R.H. steigern, selbst da, wo unsere Positionen bei den Radfahrern im Augenblick noch schwach sind, wie beispielsweise an der Raderstraße und im Ruhrgebiet, den sonst starken Landesgebieten. Es gibt dabei eine Reihe behördlicher Bestimmungen zu beachten, an die alle radfahrenden Organisationen gebunden sind. Bis zum 15. Dezember müssen sämtliche Anträge auf Straßen- und Pabarenrennen aus den Landesgebieten bei der Reichsparteileitung der Rad-

fahrer vorliegen. Von hier aus werden sie der obersten Behörde für Sport und Verkehr weitergeleitet, die jeden Termin zu genehmigen hat.

Diese Arbeit muß sofort in Angriff genommen werden, weil die Ausfertigung der Anträge ein wenig beschwerlich ist. Die Anträge müssen genaue Start- und Zielzeit, Start- und Zielort enthalten, ferner alle Ortlichkeiten, die durchfahren werden, diese ebenfalls mit Angabe der Durchfahrzeit. Die Polizei der betreffenden Orte muß nämlich durch Absperrung des Verkehrs für eine reibungslose Abwicklung der Radrennen Sorge tragen. Dem Antrag ist eine Skizze der Rennstrecke beizufügen. Die Landeskreise bzw. Provinzen, in dem die zu befahrenden Orte liegen, sind anzugeben.

Soweit der Freistaat Sachsen in Frage kommt, gehen die Anträge direkt an die Landesparteileitung Sachsen, Leipzig W 33, Ringerstraße 14.

Die rechtzeitige Bekanntgabe unseres Terminkalenders in den Sportkreisen ist Voraussetzung dafür, daß die Landesgebiete bei den einzelnen Veranstaltungen gegenseitig durch Entsendung von Delegierten sich unterstützen können. Eine Gruppe Berliner Fahrer hat beispielsweise acht Tage vor dem Reichstreffen in Leipzig die Chemnitzer Genossen durch Start unterstützt. Veranstaltungen in Frankfurt, in der Lauff, in Stettin, in Sachsen wurden als Anlaß zu einem Ausflug und damit zur Unterstützung der veranstaltenden Vereine genommen. Sorgen wir also für ein recht vielseitiges Programm für 1933. Mögen vor allen Dingen auch die großen und starken Landesgebiete, wie Rhein, Ruhr und Wasserlande, daran denken, daß es Tausende von Rennfahrern in den bürgerlichen Organisationen in ihrem Gebiet gibt, die es zu gewinnen gilt.

Mitteldeutschland

führt große Sportpresserwerbung durch

Die Landesleitung der Fußballsparte im mitteldeutschen Gebiet der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit stellt den 27. November in den Dienst einer großartigen Werbung für die rote mitteldeutsche Presse. In jedem Agitationsbezirk des mitteldeutschen Landesgebietes findet an diesem Tage ein großes Spiel statt. Die Mannschaften erhalten große Streifen mit entsprechenden Aufschriften.

Zu diesem Spieltage wird weiter eine Sonderzeitung in großer Auflage herausgegeben, die in den Tagen vor dem Spiel unter den Werktätigen vertrieben wird. Wer bis zum Vortage im Besitz der Zeitung ist, zahlt als Eintrittsgeld zu den Spielen 15 Pfennig, während die Nichtbesitzer dieser Sonderzeitung 30 Pfennig zu entrichten haben.

Diese Initiative der Fußballsparte im mitteldeutschen Gebiet wird sicher auch in anderen Landesgebieten Widerhall finden. Besonders jetzt, nach dem Vormarsch der roten Einheitsfront, wie er bei der Reichstagswahl am 6. November zum Ausdruck kam, muß auch für die rote Sportbewegung ausgenutzt werden. Noch weiter muß der Gedanke der roten Einheitsfront aller sporttreibenden Arbeiter in die Reihen der werktätigen Sportler der gegnerischen Verbände getragen werden. Die rote Sportpresse ist Kampforgan der roten antisportistischen Sportler. Sie gilt es noch mehr als bisher zu verbreiten, für sie müssen die roten Sportler unablässig werben, neue Abonnenten gewinnen.

Sport vom Sonntag

Fußball

Kanal-West I — Kanal-Ost I 2:0

Auf dem Minerva-Platz trafen sich obige Gegner. West war die technisch bessere Mannschaft und konnte bis zur Pause ein Tor eringen. Die Chancen der Ost-Mannschaft wurden von dem schlechten Sturm nicht ausgenutzt und so kam es, daß West mit obigem Resultat sicher siegen konnte.

Kanal-Ost III — Fortuna III 7:0

Kanal-West II — Kanal-Ost II 6:1

Rot-Weiß I — Schwarz-Weiß I 2:2

Die größte Niederlage des gestrigen Sonntags brachte Schwarz-Weiß. Rot-Weiß war stets eifrig am Ball und konnte 2:0 in Führung gehen. Bis zum Schluß langte es für die unglücklich spielenden Schwarz-Weißen gerade noch zum Unentschieden.

Schwarz-Weiß II — Rot-Weiß II 4:2

Fichte I Striegau — Fichte II Striegau 7:0

Am gestrigen Sonntag konnte Fichte I nach schönem, ruhigen, klaren Spiel die 2. Elf mit 7:0 besiegen. Besonders die 2. Elf konnte durch ihr ruhiges Spiel gefallen. Fichte, Striegau, sucht für den 27. November und 4. Dezember einen Gegner, mit 1., 2. und 3. Elf.

Handball

Kanal-Ost I — Dynamo II 7:3

Die Dynamo-Mannschaft leistete in ihrem ersten Spiel hartnäckigen Widerstand, bevor sie sich geschlagen bekannte. Bis zur Halbzeit (3:3) glückte es jedem Torvorwurf des Gegners aus. Nach der Pause setzte sich dann aber endlich einmal das bessere Zusammenspiel des teilweise neuen Kanal-Sturmes durch.

Schachwettkampf Breslau—Strehlen 9,5:1,5

Die Breslauer Roten Schachspieler weikten am gestrigen Sonntag bei Frei Schach, Strehlen (P.S.) und konnten sicher gewinnen. Näherer Bericht folgt.

Erfolgreiche Tournee der deutschen roten Fußballer in der Sowjetunion

Die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit Deutschlands hat auf Einladung der sowjetrussischen Sportler eine Länderfußballmannschaft in die Sowjetunion entsandt, die ihre Tournee nunmehr erfolgreich beendet hat. Die sowjetrussische Presse weist darauf hin, daß trotz der guten Leistungen der früheren internationalen Mannschaften, die in der Sowjetunion weilten, z. B. die Uruguay-Mannschaft und die österreichischen Fußballer, keine andere Mannschaft soviel Erfolge aufzuweisen hat wie die Mannschaft der deutschen roten Fußballer. Das erste Treffen fand in Rinsk statt und endete mit dem Siege der deutschen Mannschaft 3:2, gegen die Donbass-Mannschaft gewannen sie 8:4, in Bitesch 8:1, in Smolensk 4:1, in Beshibze 5:1,

Rote Jungsportler für den Streik der Arbeitsdienstler

Auf Initiative der roten Sportler fand eine Betriebsversammlung aller 6 Arbeitsdienstlager im Engelsdorfer Gebiet (Sachsen) statt. Der Abbau der Beförderungsbeträge von 2 Mark auf 1,40 Mark pro Tag wurde zum Anlaß genommen, die Arbeitsdienstpflicht zu mobilisieren. Vom Dienstlager des Sportvereins Vorwärts kam die gesamte Belegschaft geschlossen zum Versammlungsort. Die zwei Dienstlager der bürgerlichen Vereine hatten Delegierte entsandt. Der reformistische Verein hatte es abgelehnt, Vertreter zu entsenden. Nach einem Referat der Landesleitung, der die Forderungen der Jungarbeiter auf warme Kleidung, festes Schuhwerk, warmes Mittagessen und Ablehnung des Abzugs der Beförderungsbeträge vertrat, meldete sich der Leiter des Arbeitsdienstlagers des Sportvereins Vorwärts, der die Forderungen unterstützte. Auch die Delegierten der beiden bürgerlichen Sportvereine gaben ihre Zustimmung. Ein von einem Jungarbeiter gestellter Antrag: „Das Arbeitsdienstlager des Sportvereins Vorwärts-Engelsdorf tritt gegen die Abbaumassnahmen in den Streik“ wurde von der Belegschaft des Arbeitsdienstlagers einstimmig angenommen. Die bürgerlichen Delegierten versprachen noch auf ihre daheimgebliebenen Kollegen einzuwirken und dafür zu sorgen, daß zur nächsten Versammlung die Belegschaft vollständig erscheint.

Berlin-Brandenburg rechnet 512 Mark ab

Berlin-Brandenburg führt in der Abrechnung der Sammlungen für den Kampffonds der Einheitsfrontaktion. In den letzten Tagen rechnete Berlin bei der Reichsleitung 512,50 Mark ab. Sachsen steht an zweiter Stelle mit 149,58 Mark.

Wo bleiben die übrigen Landesgebiete?

Überall haben die roten Sportler während der Wahlkampagne die Sammlungen für den Kampffonds unterstützt. Es muß jetzt schnellstens die Ueberweisung der noch ausstehenden Gelder erfolgen. Muntion muß beschafft werden für den Kampf in Einheitsfrontaktion gegen Kapitalismus und Faschismus.

Reformisten gegen Streikende

Für die streikenden Glasarbeiter wollten die roten Sportler mit den reformistischen Vereinen Roswein und Waldheim Spiele durchführen. Der Vorstand von Roswein lehnte jedoch diesen Vorschlag ab, enthielt sich jeder Begründung, und Waldheim hatte es noch nicht einmal notwendig, auf dieses Angebot proletarischer Solidarität eine Antwort zu erteilen.

Freundschaftswettkampf im Schießen der freien Sportfreunde Görlitz

Am 16. November trafen sich die einzelnen Abteilungen des Vereins zu einem Wettkampf im Schießen. Geschossen wurde 8 Meter Entfernung, 24er Ringelweiben mit Bolzen, je 5 Schuß stehend freihändig, liegend und liegend freihändig. Es wurden folgende Resultate erzielt: Die Mannschaft je Mann Schützen I 1841 Ringe, Schützen II 1734 Ringe, Schützen III 1728 Ringe, Boger 1602 Ringe, Fußball I 1417 Ringe, Fußball II 1427 Ringe, Ringer und Ju-Jitsu 1596 Ringe, kombinierte Mannschaft 1546 Ringe. Knaben 5 Schuß stehend frei 304 Ringe.

in Jwanowo-Bossnessen 3:3, das Spiel gegen die Moskauer Städte-mannschaft stand am Schluß 3:3, gegen die Ländermannschaft der UdSSR. verloren sie 2:3, das Treffen mit der spielstarken ukrainischen Ländermannschaft verlief unentschieden 2:2, in Leningrad war das gleiche Resultat 2:2 zu verzeichnen. Im Wiederholungsspiel gegen die Moskauer Städte-mannschaft verlor die deutsche Fußballmannschaft allerdings 7:1, bis zur Pause stand das Resultat aber noch 2:1 für die Sowjetunion, daraus geht schon hervor, daß bei dem verlorenen Spiel andere Umstände eine Rolle spielten, nicht aber das spieltchnische Können. Und es war in der Tat so, die deutsche Mannschaft war in den letzten Tagen besonders stark durch Spiele beansprucht. Die zweite Halbzeit zeigte eine längere Schwächeperiode, gegen Schluß des Spieles hatte die Mannschaft aber diese überbunden und war stärker im Angriff. Wie die Mannschaft bewertet wird, zeigen die Ausführungen z. B. der „Pramba“ in Moskau, die erwähnt, „solche Resultate gab bis jetzt keine Mannschaft, die in der UdSSR. spielte“.

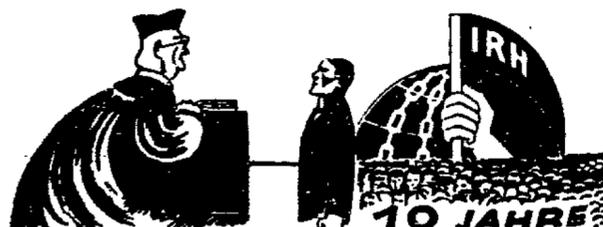
Wir werden Gelegenheit haben, da die Mannschaft am 14. November die Sowjetunion verlassen hat, noch eingehender auf die Tournee der Mannschaft zurückzukommen.

Wachtung! Solidaritätskampf der Grünberger Boxer mit den Freien Sportfreunden Görlitz

Daß es im Görlitzer Agitationsbezirk vorwärts geht, zeigt, daß am 2. Dezember die bundesfreie Mannschaft aus Grünberg gegen Görlitz antritt. Trotz allen Hindernissen und Schikanen der reformistischen Sportleitung ist der Vormarsch der R.H. für rote Sporteinheit ununterbrochen. Die Grünberger Mannschaft ist dem Görlitzer Sportpublikum nicht unbekannt, da sie schon mehrfach in Görlitz angetreten ist.

Alles reserviere sich den 2. Dezember. Karten sind bei den Sportgenossen zu haben. Numeriert 50 und unnumeriert 30 Pfennig.

10 JAHRE INTERNATIONALE ROTE HILFE!



10 JAHRE INTERNATIONALER KAMPF GEGEN WEISSEN TERROR—FASCHISMUS!